

PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

— Nachdruck verboten —

Man bezieht vom
Buchhandel, von der Post und
direkt vom Verlage

Berlin, den 26. Februar 1920.

In Groß-Deutschland:
für 12 — Mk. vierteljährlich,
Mk. 42.— für das Jahr.
Ins Ausland: für 20.— u. 60.— Mk.

Valuta-Kredite.

Die Revolution in den deutschen Valuta-Verhältnissen hat nicht bloß in den Staatsfinanzen, in der öffentlichen Wirtschaftspolitik und in der volkswirtschaftlichen Struktur Deutschlands wesentliche Veränderungen hervorgebracht, sondern auch in einer Reihe von geschäftlichen Unternehmungen Störungen hervorgerufen, deren Tragweite heute vielfach noch gar nicht in der Öffentlichkeit bekannt ist.

Eine ganz besondere Rolle spielen dabei die Valutakredite, die von deutschen Kaufleuten in öffentlichen Körperschaften im Ausland aufgenommen worden sind. Der deutsche Privatkredit ist ja während des Krieges von großer Wichtigkeit auch für den Staat gewesen. Vor dem Kriege war es immer der Stolz Deutschlands, daß die deutsche Volkswirtschaft Gläubiger der meisten Länder der Weltwirtschaft war und keine Schulden in der Fremde hatte, insbesondere, daß das Reich bei der Aufnahme von öffentlichen Anleihen niemals auf das Ausland hatte zurückzugreifen brauchen. Das war allerdings ein Zeichen großer wirtschaftlicher Stärke Deutschlands. Wie diese Stärke überhaupt aber insoweit zum Verhängnis für Deutschland wurde, als ihm dadurch mächtige Gegner erwuchsen, deren wirtschaftliche Gegnerschaft schließlich in politische Feindschaft umschlug, so darf man heute doch wohl sagen, daß vielleicht manche Koalition anders ausgefallen, mancher Feind zum Freunde geworden wäre, wenn Deutschland gegenüber anderen Staaten in der Rolle des Schuldners

sich befunden hätte. Denn der Gläubiger ist um den Schuldner besorgt, während der Schuldner in einer natürlichen Feindseligkeit gegenüber seinem Gläubiger lebt, selbst wenn er ihm ursprünglich für die Gewährung eines Darlehens Dankbarkeit entgegenbrachte.

Nach Ausbruch des Krieges konnte Deutschland von seinen Außenständen infolge der Abschnürung von England nur einen geringen Gebrauch machen. Es war auf die wenigen Außenstände in den neutralen Staaten angewiesen, und da deren Zahl sich immer mehr verringerte, so schmolz das Weltguthaben, über das Deutschland verfügen konnte, im Laufe der Zeit immer schneller zusammen. Es mußte neue Kredite aufnehmen, weil es mit eigenen Waren den immer mehr steigenden Wert der Einfuhren nicht zu bezahlen vermochte. Das Reich selbst konnte auf Gewährung namhafter Kredite nicht rechnen. Wo irgendwelche Reichsstellen als Kreditnehmer auftraten, mußten sie die Kredite durch Hergabe von ausländischen Papieren oder von heimischen Obligationen fundieren, deren besondere Art die Ausländer bestimmten. Meist aber mußten öffentlich-rechtliche Korporationen, wie die Stadtgemeinden, oder im Ausland besonders akkreditierte Privatfirmen dazwischentreten. Zu einem Teil laufen die Auslandsschulden noch, die solche Firmen aufgenommen haben. Soweit sie im öffentlichen Auftrage handelten, sind sie meist durch Reichsgarantien gedeckt, und die starke Entwertung der deutschen Valuta, die vermutlich bis zur Fälligkeit jener Kredite nicht

wettgemacht sein wird, braucht sie nicht sehr zu schrecken. Anders aber liegt die Sache bei jenen Kreditaufnahmen, die lediglich für private Geschäftszwecke erfolgt sind. Es läßt sich nicht feststellen, um welche Summen es sich hier im ganzen handelt, aber es ist sicher, daß es sich vom Standpunkt der einzelnen Unternehmungen, die sich mit solchen Auslandskrediten befaßten, um ganz erhebliche, sehr ins Gewicht fallende Beträge dreht. Man muß dabei bedenken, daß der schweizerische Franken noch kurz vor dem Waffenstillstand etwa 2 *M* wert war, während er heute etwa 15 *M* notiert. Wer also um den Preis von rund 200 000 *M* sich seinerzeit einen Kredit von 100 000 Franken in der Schweiz beschaffte, hat heute dafür eine und eine halbe Million Mark zurückzuzahlen, ohne die Garantie zu besitzen, daß die Schuld im Augenblick der Fälligkeit nicht noch viel höher sein wird. Nun handelt es sich aber nur in den seltensten Fällen um so kleine Beträge. Vielmehr geht es meist um Millionenkredite, die die Bilanzen der einzelnen Unternehmungen erheblich beeinflussen.

Es ist ja nun ein offenes Geheimnis, daß ein Teil der Kaufleute, die mit solchen Auslandskrediten arbeiten, an diesen Geschäften so viel verdienten, daß sie im Anfang — vielfach in starkem Widerstreit mit den Steuerbehörden — große Rückstellungen vornehmen konnten. Das trifft namentlich für diejenigen Firmen zu, die in der Zeit nach dem Waffenstillstand zur Einfuhr aller möglichen Luxuswaren Auslandskredite aufnahmen. Auf ihre unregelmäßige Einfuhr ist zum größten Teil die Verwüstung der deutschen Zahlungsbilanz zurückzuführen, aus der dann wieder der immer weitere Sturz der deutschen Valuta resultierte. Diese Firmen haben wegen der großen Gewinne, die sie machten, auch bei der Aufnahme von Valutakrediten Bedingungen akzeptieren können, die unter anderen Umständen nicht möglich gewesen wären. Das Ausland hat eben an Deutschland doppelt verdient: einmal durch die Lieferung von Waren zu ganz hohen Preisen, dann durch die Provision und Rückzahlungsbedingungen bei Gewährung der Kredite.

Schon in der hier näher bezeichneten Kategorie der im Ausland verpflichteten deutschen Kaufleute wird es wahrscheinlich manche geben, die heute bereits auf viele dieser Geschäfte nur mit einer gewissen Wehmut zurückblicken können. Denn auch die größten Abschreibungen, die sie mit Rücksicht auf

etwaige Verluste bei der Uebernahme des Kredites seinerzeit machten, sind durch den tatsächlichen Rückgang der Valuta lange überholt. Insofern sie nicht auch jetzt noch besonders hohe Gewinne zu verzeichnen haben, sind sie gar nicht mehr in der Lage, die notwendigen Ergänzungsabschreibungen aus neuen Gewinnen vorzunehmen. Insbesondere verlangt die neue Steuergesetzgebung von ihnen große Opfer. Ihre Kapitalkraft schwächt sich dadurch, und sie sehen vielfach mit Bangen dem Augenblick entgegen, in dem ihre Auslandsverpflichtungen fällig werden. Aber in einer ganz anderen Lage befinden sich solche Geschäfte, die nur mit begrenztem Nutzen operierten, und bei denen die Verpflichtungen noch aus der Kriegszeit herrühren. Es kann leicht vorkommen, daß hier infolge der Valutaveränderung die Schuld ein Vielfaches der vorhandenen Mittel beträgt.

Hier liegt eine Erscheinung vor, die mit allergrößtem Ernst betrachtet werden und deren Umfang zunächst einmal genau ergründet werden muß. Die Rückzahlung wird vielfach selbst da, wo sie an sich möglich ist, mit ernstesten Schwierigkeiten verknüpft sein. Es scheint geboten, rechtzeitig sich zu überlegen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um eventuell recht schlimmes für die deutsche Volkswirtschaft zu verhüten. Ist schon aus solcher Erwägung heraus der Staat erheblich an der Angelegenheit interessiert, so ist seine Beihilfe noch besonders deshalb geboten, weil er in einer großen Anzahl von Fällen von den betroffenen Persönlichkeiten beschuldigt werden kann, die rechtzeitige Deckungsfürsorge seitens der Privatunternehmer verhindert zu haben. Während nämlich der Staat im Laufe des Krieges auf der einen Seite diejenigen Unternehmungen, die überhaupt Kredit im Ausland bekamen, zur Verschuldung ermutigte, verbot oder erschwerte er durch die Zentralisierung des Devisenhandels die Rückzahlung der aufgenommenen Kredite zu einer Zeit, als sie noch mit geringerem Opfer erfolgen konnte. Die Kaufleute machen nun heute den Staat für ihre Ueberbelastung verantwortlich, und jetzt ist tatsächlich ja auch nicht mehr nachzuprüfen, ob die betreffenden Kaufleute, wenn ihnen die freie Bewegung im Devisenhandel möglich gewesen wäre, rechtzeitig ihre Schulden abgetragen hätten oder nicht. Sicher ist aber andererseits, daß ein Teil jener Unternehmer ohne Anregung des Staates gar nicht

daran gedacht hätte, sich an Devisengeschäften zu beteiligen.

Es kommt hinzu, daß unter den jetzt schwer Benachteiligten sich auch eine Anzahl von Existenzen befindet, die außerhalb des geschäftlichen Lebens stehen, und für die die peinliche Ueberraschung der Steigerung fremder Werte unter Umständen eine Bedrohung ihrer ganzen Existenz bedeutet. Ich bin durch verschiedene Zuschriften darauf aufmerksam gemacht worden, daß vielfach in der Schweiz von Privatleuten Schulden in Franken zu Heilungszwecken gemacht worden sind. Es handelt sich da in der Hauptsache um Männer und Frauen, die lungenkrank waren oder in ihrer Familie Patienten hatten, die zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit in Davos oder in anderen schweizerischen Höhenkurorten längere Zeit zubringen mußten. Ihnen haben die Besitzer der Sanatorien oder schweizerische Ärzte oder persönliche Freunde, die sie drüben besaßen, seinerzeit die Summen vorgestreckt, weil auch schon der damalige Kurs es ihnen nicht ermöglichte, den ganzen Betrag auf einmal zu bezahlen. Selbst wo aber diese Leute in der Lage waren, die Gelder zu begleichen, erteilte ihnen das Reich die Ausreiseerlaubnis nur, weil kein deutsches Geld ins Ausland geschafft werden durfte, unter der Bedingung, daß sie Kreditantweisungen auf die Schweiz vorwiesen. Diese Personen haben sich in den meisten Fällen zu Abzahlungen verpflichtet. Während des Krieges konnten sie diese Abzahlungen infolge der Devisenordnung nur unregelmäßig, vielfach gar nicht, leisten. Sie sind mithin tatsächlich durch den Staat vielfach geschädigt. Denn sie sind jetzt zu Abzahlungen verpflichtet, deren Höhe ihre Leistungsfähigkeit übersteigt.

In diesen letzten Fällen muß zweifellos eine öffentliche Aktion in die Wege geleitet werden. Ich will gar nicht untersuchen, ob hier eine rechtliche Haftbarkeit des Reiches vorliegt, aber moralisch haftbar scheint mir hier der Staat auf alle Fälle. Und diese moralische Haftbarkeit muß rechtlich anerkannt werden. Handelt es sich hierbei in erster Linie um eine Sache des moralischen und sozialen Empfindens, so kommen daher bei den übrigen durch die Devisenvorschriften geschädigten Stellen schließlich allgemeinere Interessen in Betracht. Klar liegen sie in allen Fällen zu Tage, wo deutsche Stadtgemeinden sich mit hohen Auslandsschulden belasteten, um für ihre Bewohner ausländische Nahrungsmittel zu beschaffen. Aber auch gegenüber den Privatkäufern kommt das allge-

meine Interesse des Staates an der Aufrechthaltung der deutschen Wirtschaft in Frage. Besonders da anscheinend vielfach für ganz große Summen die Haftung von Banken in Frage kommt. Denn seinerzeit war die Vorbedingung für die Aufnahme solcher Kredite im Ausland vielfach die Beibringung einer Bankbürgschaft. Nach dem Kriegsende sind die Banken ja wohl mit solchen Bürgschaftsleistungen sehr vorsichtig gewesen. Mindestens einzelne Institute haben aber während der Dauer des Krieges sich ziemlich leicht zu solchen Bürgschaften bewegen lassen, denn ihre Direktionen haben ebensowenig wie die Geschäftsinhaber, die solche Kredite aufnahmen, auch nur im entferntesten die Zustände ahnen können, die sich schließlich herausbildeten.

Eine ganz besondere Kategorie von den im Ausland Verpflichteten, bilden jene Gesellschaften, die einen Teil ihres Obligationenkapitals seinerzeit im Ausland aufgenommen haben. Bei der Jagd nach chancenreichen Valutapapieren ist die Börse ja schnell auf die Aktien von Gesellschaften, besonders der Elektrizitätsgesellschaften, verfallen, die in der Schweiz domizilieren, oder einen erheblichen Besitz in der Schweiz haben. Aber wie durch einen Geschäftsbericht einer solchen Elektrizitätsgesellschaft festgestellt ist, stehen manchmal dieser glücklichen Konstellation auch weniger glückliche gegenüber, besonders dann, wenn nicht der Debitor, sondern wesentliche Teile der Kreditoren nach dem Ausland weisen. Hier frißt die Frankenschuld unter Umständen selbst die größten Marktgewinne.

Es liegt hier das umgekehrte Valutaproblem vor, als dasjenige, das in den Ländern mit hoher Valuta augenblicklich viele Unternehmungen mit Sorge erfüllt. Insbesondere in der Schweiz, aber auch in Holland, haben wie schon in den Friedenszeiten, so auch noch während des Krieges Kreditbanken und Hypothekenbanken große Markdarlehen nach Deutschland gelegt. Sie erleiden jetzt genau dieselben Verluste an ihren Aktiven, wie deutsche Franken- und Guldenschuldner an ihren Passiven. Die schweizerische Gesetzgebung hat deshalb den Unternehmungen gestattet, die minderwertigen Markguthaben zum vollen Wert in die Bilanzen zu stellen und die Verluste in langsamen Abschreibungen jährlich zu tilgen. Etwas Ähnliches werden wir in Deutschland auch machen müssen. Nur ist solche Manipulation bei einem Aktivum leichter als bei einer Schuld. Will jemand einen minderwertigen Außenstand über seinen Wert bilanzieren, so hat er das mit sich selbst, höchstens noch mit der Gesetzgebung seines eigenen Staates auszumachen. Dagegen hat gegenüber dem Schuldner auch

der Gläubiger ein Wörtchen mitzusprechen. Ihn geht es zwar gar nichts an, wie der Schuldner seinen Verlust bilanziert, aber er verlangt eben Rückzahlung, und die weitestherzigste Bilanzvorschrift kann den Schuldner nicht vor den effektiven Verlust schützen, den er durch die Rückzahlung erleidet, und kann ihm vor allem nicht die Mittel an die Hand geben, durch die er seiner Zahlungseinstellung entgegen, wenn er die fremde Währungen zum Zwecke der Rücklegung nicht zu kaufen vermag.

Nun hat ja die Verantwortung der Kaufleute selbst vielfach bereits Gegenmittel erfunden. So weit es ihnen möglich war, haben fast alle ans Ausland verschuldeten Unternehmungen versucht, Verkäufe im Ausland in fremder Valuta zu machen. Von ihnen ist der Anreiz für den Export, den die Valutadifferenz bot, ausgenutzt worden. Wenn, was kaum zu erwarten ist, keine wesentliche Besserung der deutschen Valutaverhältnisse eintritt, so werden vermutlich in steigender Zahl die ans Ausland verschuldeten Geschäfte den Versuch machen, bei Fälligkeit ihre Kredite in Dauerkredite umzuwandeln, und womöglich Valutahypotheken auf ihren Grundbesitz einzutragen lassen. Das würde dann bedeuten, daß sie auf eigene Faust die Abtragung ihrer Verluste über viele Jahre verteilen. Das ist nun aber kein idealer Zustand. Vor allem, weil dadurch ja doch die Gefahr der Ueberfremdung des deutschen Grundbesitzes und der deutschen Produktionsmittel erhöht wird. Und schon deshalb scheint es notwendig, daß hier der Staat eingreift.

Zunächst in der Weise, daß einmal festgestellt und entschieden wird, inwieweit und in welchen Fällen das Reich für die Schädigung der Unternehmer aufzukommen hat. Dann aber muß der Versuch gemacht werden, diese Auslandskredite in ihrer Gesamtheit zu fundieren. Die Idee, das durch eine Staatsanleihe zu bewirken, ist eine Illusion. Denn dem Deutschen Reich borgt das Ausland heute nicht. Es kann daher auch nicht in Betracht kommen, daß das Reich etwa als Vermittler oder als Bürge für die Kredite aufkommt, die nun die einzelnen Unternehmer im Ausland kontrahieren. Denn es ist unmöglich, daß von einzelnen Unternehmern Produktionsmittel oder Grundstücke verpfändet oder Geschäftsbeteiligungen ans Ausland gewährt werden. Auch diese Aufgabe kann, wie so viele andere, die augenblicklich immer dringender werden, nicht isoliert, sondern nur in Zusammenhang mit dem Gesamtaufbau der deutschen Wirtschaft gelöst werden. Die Regulierung der fälligen Auslandskredite muß von den zu Selbstverwaltungskörpern zusammenzuschließenden Gewerbegruppen übernommen werden, die dafür die Solidarhaft

übernehmen und sich den Regreß gegenüber den in Frage kommenden Privatunternehmungen zu Bedingungen sichern, die diesen nicht den Lebensfaden abschneiden.

Es stellt sich eben auch hier wieder heraus, daß ohne eine durchgreifende Neuordnung der Wirtschaft an allen Ecken und Ranten Schwierigkeiten entstehen, die jede Entfaltung des gewerblichen Lebens unmöglich machen oder mindestens doch auf das schärfste beeinträchtigen. Die Devisenfrage an sich bedarf ja überhaupt einer Konzentration der Ausfuhrtätigkeit und einer Ueberwachung und vernünftigen Verteilung der Devisen. Wenn heute an den deutschen Börsen gegenüber der regen Nachfrage nach fremden Wechseln nur kleine Teilbeträge zugeteilt werden können, so ist das an und für sich gewiß der Ausfluß der unleugbaren Tatsache, daß mehr Devisen verlangt werden, als vorhanden sind. Aber nach der anderen Seite stellen durchaus nicht etwa alle diejenigen Kaufleute, die in der glücklichen Lage sind, durch Exporte Devisen hereinzubekommen, ihre fremden Wechsel in auch nur annähernd vollem Umfange zur Verfügung. Entweder benutzen sie sie für neue eigene Importgeschäfte, die durchaus nicht immer im allgemeinen Interesse liegen, oder, was noch viel schlimmer ist, sie spekulieren mit ihnen, indem sie sie in ihrem Kasten lagern oder sie von den Banken lombardieren lassen. Schon heute würde manches besser werden, wenn den Banken verboten würde, fremde Valuten zu beseihen. Wirkliche Remedur kann aber erst geschaffen werden, wenn Ein- und Ausfuhr konzentriert und überwacht, wenn Clearingstellen eingerichtet werden und wenn auf diese Weise bewirkt wird, daß der Export, der in vollem Umfange auch zur Bezahlung der Einfuhr, und zwar nur zu solcher benutzt wird, die wirklich notwendig ist.

Nach den Erfahrungen des Krieges kann solche Kontrolle nicht durch Beamte ins Leben gerufen und überwacht werden. Hier kann nur wirksam die Selbstverwaltung aller Interessierten eingreifen, und diese Selbstverwaltung darf wiederum von keiner bürokratischen Behörde dekretiert werden, sondern das wird die Aufgabe des Reichswirtschaftsrats werden. Der Reichswirtschaftsrat, die Spitze aller Selbstverwaltungskörper, dem auch die wirtschaftlichen Ministerien verantwortlich unterstellt sein müssen, wird sich eben nicht damit begnügen dürfen, Gesetze und Verordnungen anzuregen, sondern er muß in ständiger Fühlung mit den Ministerien und den Selbstverwaltungskörpern die Ausführungen der Gesetze überwachen und neben der parlamentarischen auch eine rege administrative Tätigkeit entfalten. Aber wo bleibt der Wirtschaftsrat?

Ruf vom Kleinhaushalt.

Von Dr. Claire Richter.

Der erste Ruf nach dem Großhaushalt erscholl, als die junge, sich kräftig entwickelnde Industrie auch die Frau an ihren Triumphwagen spannte und sich die Folgen der weiblichen Industriearbeit im häuslichen Leben der arbeitenden Menschheit recht unangenehm fühlbar machten. Schon damals haben klarblickende Sozialreformer aus den so geschaffenen Verhältnissen mit großer Konsequenz die Schlussfolgerung gezogen, daß, da die Frau im Wirtschaftsleben der Menschheit unentbehrlich geworden ist, die weibliche Berufstätigkeit sich aber mit einer geregelten Führung des Kleinhaushalts einer angemessenen Kinderpflege und Kindererziehung kaum vereinen läßt, es aus diesem Dilemma nur einen Ausweg gibt, nämlich Uebergang vom Klein- zum Großhaushalt, von der Familien- zur Kollektiv-Kinderpflege und Kindererziehung.

Konservativ und in alten Vorurteilen befangen, wie die Menschheit im allgemeinen und unsere Frauenwelt im besonderen nun aber einmal sind, fand der Ruf ein nur schwaches Echo, und so steht unser zwerghafter Kleinhaushalt denn noch heute, allen Prinzipien moderner Bewirtschaftung zum Trost, wie ein Fossil aus längst entschwundenen, längst überwundenen Zeit- und Wirtschaftsphasen inmitten des flutenden, auf Zentralisation und Großbetrieb zugeschnittenen Wirtschaftslebens der Gegenwart.

Der zweite Ruf nach dem Großhaushalt ertönt in unseren Tagen. Seitdem der große Völkervahnsinn Geschichte und Wirtschaftsverhältnisse der Menschheit durcheinandergeworfen und dadurch die Hauswirtschaft in stärkste Mitleidenschaft gezogen hat, sind doch vielen über den irrationalen Charakter des Kleinhaushalts die Augen aufgegangen. Immer lauter erschallt der Ruf, un sollten sich eines Tages die vielen vereinzelt Stimmen zusammenfinden, so würde vermutlich ein Schrei daraus werden, stark genug, um bis zu den Ohren derer zu dringen, die man gerufen, unseren verfahrenen Wirtschaftswagen in neue bessere Bahnen zu lenken.

Der Kleinhaushalt. Was bedeutet er in den Augen derer, die sich von dem alten Nimbus, den Kurzsichtigkeit und engherziger Familienegoismus um ihn gewoben, nicht blenden lassen? Eine unglaubliche Vergeudung an Werten, sowohl an Stoffen als an Zeit und Volkskraft eine Hochburg des Konservatismus, an der alle technischen Errungenschaften der Neuzeit spurlos vorübergegangen zu sein scheinen, eine Stätte, wo man vielfach Stümperhänden gestattet, das, was uns in unserer Armut noch geblieben ist, auf unsinnigste Weise zu vergeuden.

Und der Großhaushalt? Ein moderner, allen Ergebnissen der Wissenschaft und Technik Rechnung tragender, von gründlich geschulten, wirtschaftlichen Personen rationell geleiteter Großbetrieb, wo unter Ausschaltung des Riesenapparats, den die durch ihn ersetzten Einzelhaushaltungen nötig hatten, Volksgut und Volkskraft auf ökonomischste Weise zur Kollektivversorgung Hundertter von Konsumenten herangezogen werden.

Sollte man nun nicht meinen, der Menschheit könne angesichts der großen, heute besonders schwer in die Waagschale fallenden Vorteile des Großhaushalts die Wahl zwischen beiden nicht schwer werden, sie müsse, ohne zu zögern, entschlossen zu letzterem greifen. Ja, wenn nur die Ueberbedenklichen nicht wären und die Hyper-Individualisten und Hyper-Egoisten. Die kommen nun mit gewichtigem Stirnrunzeln und erklären: Gewiß. Wår' ja ganz schön, wenn wir die Kohlen, die wir heute tonnenweise dem Kleinerd, diesem gefräßigen Moloch, in den ewig hungrigen Rachen werfen, unserer nach Heizstoffen hungernden Industrie und Verkehrswirtschaft zuführen könnten. Wår' auch nicht übel. Wenn man sich mal nicht mehr das Gehirn zermartern müßte mit der alten, ewig neuen Frage: Was werden wir essen, was werden wir trinken? Wenn man nicht mehr halbe und ganze Stunden beim Kleinhändler erwarten, halbe und ganze Tage auf der Suche nach neuen Futterquellen verfahren müßte. Gewiß. Wår' ja ganz schön, aber — und hochkügig steigt das Gespenst der Massenpeisung vor ihren Augen auf — das Familienleben, ja, das Familienleben geht natürlich dabei futsch.

Großhaushalt und herdenmäßige Abfütterung das sind nun einmal Dinge, die in ihrem Gehirn eine Dauer-ehe eingegangen zu sein scheinen. Und wollte man ihnen hundertmal sagen, daß der Großhaushalt nur Massenzubereitung der Speisen, nicht notwendigerweise Masseneinnahme derselben bedeutet, daß das Familienleben durch die Befreiung vom Kleinhaushalt nicht nur nichts verlieren, sondern im Gegenteil unendlich an Reinheit, Schönheit und Harmonie gewinnen werde, sie kommen von den alten Gedankenverbindungen nicht los.

Und dann die individuellen Geschmacksrichtungen der Einzelnen. Werden die sich denn mit dem hauswirtschaftlichen Großbetriebe vertragen? Da ist zum Beispiel unter den Begnern des Großhaushalts einer, der ist gewöhnt — er hat nämlich drei Jahre in Köln gelebt — daß ihm seine Frau, wenn die Zeit dazu gekommen ist, eine seiner Leib- und Herzensfreuden „dicke Bohnen“ kocht, und daß man ihm die in der Zentralküche herstellen wird, scheint ihm doch mehr als fraglich. Nein, ein Leben ohne dicke Bohnen, nachdem man nun einmal diesen höchsten der Lebensgenüsse kennen gelernt hat, einfach nicht auszubedenken. Mögen Industrie und was da drum und dran hängt zugrunde gehen, aber seine dicken Bohnen muß er haben.

Damit sind die Wenn und Aber der Uebervorsichtigen natürlich noch lange nicht erschöpft. Die Bedenken der Ueberbedenklichen lassen sich nicht erschöpfen. Lassen wir sie bei ihren dicken Bohnen, Knödeln und anderen ähnlichen Genüssen.

Dringt nun heute angesichts unseres beifspielslosen wirtschaftlichen Tiefstandes die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform der Verbrauchswirtschaft in immer weitere Kreise, die zur Durchführung der Reform nötige Entschlußkraft läßt noch viel zu wünschen übrig. Der Mann, der die ganze Hauswirt-

schaftsmisere naturgemäß weniger schwer empfindet als die geplagte Hausfrau, ist in der Regel so von anderen Sorgen, privaten wie öffentlichen, erfüllt, daß ihm für die Nöte der weiblichen Hälfte der Menschheit nicht selten Zeit und Verständnis fehlen, und die rein wirtschaftliche Bedeutung der Frage scheint er noch nicht klar erkannt zu haben. Wollten wir aber die Lösung des Problems denen anheimstellen, die am Joche des Kleinhaushalts am schwersten zu tragen haben, den doppelt und dreifach belasteten Müttern unseres Volks, die Menschheit würde vermutlich in hundert, ja tausend Jahren nicht wesentlich weiter sein als heute. An uns, den weniger belasteten Frauen ist es, die Sache in die Hand zu nehmen; an uns ist es, sie, diese armen Sünderböcke unserer heutigen Gesellschaftsordnung, von ihrem Kreuz- und Lastträgerindasein zu befreien, sie wieder zu freien, aufrechten Menschen zu machen.

Aber nicht damit würde unserer Volkswirtschaft gedient sein, daß sich hier und da ein paar Familien zusammenfinden, um durch Gründung eines gemeinsamen Haushalts ihre hauswirtschaftlichen Sorgen erträglicher zu gestalten. Nur eine Verwirklichung der Reform in großem und größtem Maßstabe ist das wirtschaftlich Erstrebenswerte. Erst dann dürften die Vorteile des Großhaushalts, als da sind: sparsamere Verbrauch an Nahrungsmitteln trotz besserer, weil rationellerer Ernährung, Ersparnis an Rohmaterialien aller Art, besonders an Heizstoffen, bessere Ruhbarmachung der Abfallstoffe, Linderung der Wohnungsnot durch die Verwendung freierwerdender Kleinküchen und anderer Nebenräume zu Wohnzwecken, Freiwerden eines großen Teils von Volks-, besonders Frauenkraft zu produktiver Betätigung, Entlastung der berufstätigen Hausfrau-Mutter und demzufolge beschleunigte geistige Höherentwicklung des weiblichen Geschlechts, die Möglichkeit einer besseren Kinderpflege und Kindererziehung, Hebung des Gesundheitszustandes unseres Volks, erst dann dürften alle diese Vorteile derart hervortreten, daß sie inmoste wären, auch Kurzsichtigen die Augen zu öffnen.

Was die bisher auf diesem Gebiete gemachten Versuche angeht, so haben sie in der Hauptsache gezeigt, wie die Sache nicht zu machen ist. Vor allem keine Vermischung mit anderen Ideen. Rein wirtschaftliche Grundlage das ist die einzig mögliche Basis für eine gesunde Reform unserer Verbrauchswirtschaft. Und dann: Vermeidung alles dessen, was mit Schablone auch nur entfernt Ähnlichkeit hat. Und endlich, wenn irgend möglich, genossenschaftlicher Aufbau des Ganzen, um das Gewinnstreben Einzelner auszuschalten, oder Anbahnen der Reform durch Gemeinde oder Staat im Interesse und zum Nutzen der Gesamtheit, am besten wohl unter der Leitung intelligenter, wirtschaftstüchtiger Frauen. Hier ist eine Aufgabe für dich, tatenhungrige neue Frau! Nimm die Sache in die Hand und zeige, daß du nicht nur dazu taugst, dem Manne Handlangerdienste zu leisten, sondern daß du auch großzügigen, selbständigen Handelns fähig bist.

Zwei Möglichkeiten kommen hauptsächlich für die Verwirklichung der Reform in Frage: Hauswirtschaftsgemeinschaften auf Grundlage des Großhaus- und solche auf der Basis des Kleinhausystems oder, wie ich sie

in einer vor kurzem erschienenen Broschüre bezeichnet habe, Groß- und Kleinhausökonomiate, eventuell die Verbindung beider innerhalb derselben Siedlung.

Das Ideal hauswirtschaftlichen Großbetriebes, besonders bei Familienversorgung, ist natürlich das Siedlungsökonomiat, das heißt Kleinhaus- oder Villenkolonien mit Wirtschaftszentrale, durch die die angeschlossenen Familien mittels eines gut organisierten Speisetransportwagendienstes mit der Mittagsmahlzeit, eventuell auch mit beiden Hauptmahlzeiten versorgt werden, und die auch die Verrichtung der groben Hausarbeiten übernimmt.

Liegen für die minderbemittelten Schichten die Vorteile auf der Hand, so wäre auch für die besser gestellten Kreise der Gewinn nicht gering zu veranschlagen, da nicht nur der ganze Dienstbotenärger in Wegfall käme, sondern auch die Haushaltungskosten eine erhebliche Herabsetzung erfahren würden.

Wie sich ein solches Siedlungsökonomiat gestalten würde, davon hat uns Dr.-Ing. Hahn in Heft 19 der „Volkswohnung“ ein anschauliches Bild gegeben. Besonders die baulichen Schwierigkeiten und das Problem der Speisbeförderung scheinen mir hier aufs glücklichste gelöst.

Man könnte nun freilich einwenden, daß bei dem heutigen Stande der Bautätigkeit, dem Mangel an Rohmaterialien, den hohen Preisen der Baustoffe in nächster Zeit an eine Neugründung von Kleinhausökonomiaten in großem Maßstabe kaum zu denken sein dürfte. Es käme aber noch eine andere Lösung des Problems in Frage, nämlich eine Anpassung schon bestehender Kleinhausiedlungen oder Villenkolonien an den Ökonomiatgedanken. Es würde genügen, ein oder mehrere größere Gebäude der Siedlung in eine Wirtschaftszentrale umzuwandeln, und das Kleinhausökonomiat ist fertig.

Ist das Kleinhausökonomiat das Familienökonomiat par excellence, so würde sich das Großhausökonomiat besonders zur Kollektivversorgung alleinstehender Personen eignen, obgleich natürlich, wie in den kapitalistisch fundierten Boardinghouses Amerikas, auch die Familienversorgung in Verbindung mit dem Großhaus erfolgen könnte. Ist nun in Männer- und Mädchenheimen das Ledigenökonomiat in seiner primitivsten Ausgabe bereits vorhanden, das auf genossenschaftlicher Grundlage basierende Großhausökonomiat mit komfortablen Ein-, Zwei- und Dreizimmerheimen, dessen Wirtschaftszentrale am besten in einem Nebengebäude unterzubringen wäre, ist erst noch zu schaffen. Schafft Ledigenökonomiate. Das scheint mir eine der dringendsten und nächstliegenden Forderungen, die die Gegenwart unseren Wohn- und Wirtschaftspolitikern stellt. Macht so schnell wie möglich unseren zwerghaften, an den Mängeln der Kleinhauswirtschaft in besonders hohem Maße krankenden Einzelhaushaltungen ein Ende. Millionen, die heute die „Freuden des Möblierten-Zimmer-Daseins“ durchzukosten haben, erlöst ihr dadurch aus fast unerträglich gewordenen Lebensverhältnissen.

Und als Not- und Uebergangsmäßnahme für die Familienversorgung der minderbemittelten Großstadtbevölkerung baut, wie es Wilh. Lange-Rosak in der

Darmstädter Zeitung vom 10. Januar vorschlägt, die Schulspeisungen weiter aus und zwar derart, daß die in der Nähe der Schule wohnende Bevölkerung, wenn irgend möglich, ambulant versorgt wird.

Sobald aber die Baunot ein wenig gehoben sein wird, würde sich die Neugründung von Oekonomiaten, Siedlungs- sowohl als Großhausökonomiaten, empfehlen, die, von vornherein auf hauswirtschaftlichen Großbetrieb zugeschnitten, die Vorteile desselben, seien diese nun wirtschaftlicher oder ideeller Art, erst ins rechte Licht rücken. Sollten sich übrigens Gemeinde oder Staat durch Gründung von Arbeiter- und Beamtenökonomiaten zur wirtschaftlichen Versorgung ihrer ständigen Arbeiter- und Beamtschaft entschließen, so würden dabei als weitere Vorteile die Aussicht auf eine schnellere Sanierung unserer Lohn- und Preisverhältnisse und die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Gleichstellung kinderreicher und kinderarmer Familien

herauspringen, eine Maßnahme, zu der die Not der Zeit geradezu hindrängt.

Zu keiner Zeit ist die Notwendigkeit einer Reform unserer Verbrauchswirtschaft eine so dringende gewesen als gerade heute. Je sparsamer wir im Verbräuche sind, desto weniger fremde Produkte haben wir nötig, desto mehr einheimische Erzeugnisse werden zur Ausfuhr frei, desto schneller wird die Tilgung unserer Kriegsschuld vonstatten gehen. Kann unser Volk, kann die Menschheit in Anbetracht der traurigen Weltwirtschaftslage an dieser natürlichsten, einfachsten Sparmethode weiter geschlossenen Auges vorübergehen, oder hat sie nicht vielmehr die selbstverständliche Pflicht, eine Neuorganisation der Konsumwirtschaft anzustreben, ihre Wirtschaftsmethoden der veränderten Zeitlage anzupassen. Darum los von unserem in mittelalterlichen Wirtschaftsformen steckengebliebenen, Menschengut und Menschenkraft vergeudenden Kleinhäushalt.

Revue der Presse.

Oft schon hat in den letzten Monaten die Frage, wie Deutschland unter den jetzt obwaltenden Umständen mit Rohstoffen für den Inlandsbedarf versehen werden soll, ihre allgemeine Beantwortung dahin gefunden, daß man den Wertüberschuß an Importen durch hochwertige Fertigfabrikate begleichen soll. Wie der Handel sich zu dieser Lösung stellt, geht aus den Ausführungen des Präsidenten der Bremer Baumwollbörse, Cramer, hervor, der, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (12. Februar) berichtet, bei einer Aussprache der Reichsregierung mit den beteiligten Kreisen des Handels sich über die

Zukunft des Baumwollhandels

ausließ. Bis zum heutigen Tage sei es möglich gewesen, trotz der Valutaschwierigkeiten Baumwolle aus dem Auslande indirekt einzuführen, indem die zur Bezahlung der amerikanischen Lieferanten notwendigen Dollars nach den bestmöglichen Kursen in den angrenzenden neutralen Ländern gegen Markzahlung erworben wurden. Ob dieser Zustand der Dinge noch lange währen könne, sei fraglich. Bisher habe aber die rege Tätigkeit der konkurrierenden Plätze, wie u. a. Rotterdam, es nicht vermocht, die in Bremen noch vorhandenen Fundamente des Baumwollhandels zu zerstören. Es sei nun Sache der Regierung, die jetzt wieder auflebenden Beziehungen zwischen der Bremer Kaufmannschaft zu den amerikanischen Lieferanten einerseits und zu den Abkühländern des Festlandes andererseits nicht durch unzeitgemäße Maßnahmen zu verhindern, zumal die Ausländer durchaus bereit sind, vor Abnahme der Ware in überwertiger Valuta, wie Dollars, Gulden und Schweizer Franken, zu bezahlen. Zahlenmäßig lägen jetzt die Verhältnisse im Baumwollhandel so, daß von den am 31. Dezember 1919 in den Weserhäfen lagernden sichtbaren Vorräten von 61 500 Ballen ungefähr 37 000 aus Konsignationslager entfielen, also etwa 24 000 in Händen der Händler

waren. Von diesen waren nachweislich 19 000 an Spinner auf spätere Lieferung verkauft, und die restlichen 5000 Ballen setzten sich wahrscheinlich aus Durchgangswaren zusammen. Die Schwierigkeiten, von heute lägen in der Beschaffung der Gegenwerte. Zu diesem Zwecke müsse die im Inlande brachliegende Arbeitskraft herangezogen werden. Es dürfe von zwei importierten Ballen nur einer für das Inland verbraucht werden, während der andere zur Herstellung von Exportwaren Verwendung finden müsse, deren Erlös zur Bezahlung beider Ballen reichen werde. Wie sehr die Bremer dieses Ziel im Auge behalten, ginge daraus hervor, daß sie selber daran gegangen seien, eine Exportgesellschaft großen Stiles zu gründen. — Eine in jetzigen Zeiten durch den Kohlemangel immer akuter werdende Frage des Arbeitsrechts behandelt Dr. Hellmuth Friedemann im „Berliner Tageblatt“ (10. Februar), inwiefern nämlich für den Arbeitgeber eine

Verpflichtung zur Lohnzahlung bei Betriebsstörungen

zu Recht bestehe. Die Arbeitgeber betrachten es als eine Ungerechtigkeit, die sich aus der gegenwärtigen allgemeinen Lage bei Betriebsstilllegungen ergebenden Vergütungen für die ausgefallene Arbeitszeit allein tragen zu müssen. Während die Arbeitnehmer diese Zahlungen bzw. die Produktionshemmungen, aus denen sie resultieren, als einen Teil des Unternehmerrisikos betrachten. Die Lösung dieser Kontroverse hängt von der Entscheidung der Frage ab, ob derartige Betriebsstörungen eine Erfüllung des Arbeitsvertrages unmöglich machen oder einen Annahmeverzug des Arbeitgebers darstellen. Im ersten Falle würde der Vertrag völlig hinfällig sein, der zweite entbindet aber den Fabrikanten von der Pflicht nicht, den Arbeiter zu entschädigen, und zwar neigt die Literatur und Rechtsprechung dazu, in der Regel

Annahmeverzug anzunehmen. Um so interessanter sind die Ausführungen des Landgerichts I=Berlin, die obwohl sie nicht eine höchstrichterliche Entscheidung sind, wegen ihrer einleuchtenden Begründung Beachtung verdienen. Hiernach liegt Annahmeverzug der Leistung dann vor, wenn der Arbeitnehmer, auch wenn der Arbeitgeber ihm die Gelegenheit zur Vertragserfüllung gegeben hätte, nicht in der Lage gewesen wäre, dieser Verpflichtung nachzukommen. Annahmeverzug ist dagegen dann vorhanden, wenn der Arbeitgeber bei Bereitschaft des Arbeiters, den Vertrag zu erfüllen, das Seinige nicht dazu beigetragen hat, um diese Erfüllung zu ermöglichen und somit Arbeitskraft durch ihre Nichtverwendung auch für den Schuldner verlorengeht. Diese Gesichtspunkte geben der Praxis einen klaren Maßstab für die Unterscheidung, wann Annahmeverzug und wann Annahmlosigkeit der Leistung vorliegt. So führen Mangel an Rohstoffen, Heizungsmaterial, Betriebskraft, Streik anderer Arbeitergruppen Annahmeverzug des Arbeitgebers herbei und erfordern eine Entschädigung des Arbeiters, dagegen Zufälle, die den Arbeiter daran hindern die Arbeit zu verrichten, wie Abhaltung durch Streikposten, Verkehrsstörungen, Leistungsunmöglichkeit usw. befreien von der Lohnzahlungspflicht. — Einen originellen Gedanken spricht Oberbürgermeister Dr. Scholz=Charlottenburg im „Tag“ (8. Februar) aus, der die Erziehung der Jugend zu disziplinierter Arbeit betrifft und die Schaffung eines

Reichsheers der Arbeit

anregt. Gleichviel welche Stellung man zu der Frage der Notwendigkeit und den Segnungen eines Reichsheeres, wie es bis zum Friedensschluß bestanden hat, vom militärischen Standpunkte aus einnimmt, die Tatsache läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß, solange es bestand, die Möglichkeit bestand, wenigstens die männliche Jugend zu einer disziplinierten Tätigkeit anzuhalten und zur Pflichterfüllung unter schwersten Bedingungen zu erziehen. Zwar sei uns die Möglichkeit des Wiederaufbaues einer solchen militärischen Einrichtung durch den Friedensvertrag abgeschnitten, doch stehe dem nichts entgegen die *erzieherischen Momente*, die in dieser Institution ihre Pflege und Ausgestaltung erfuhren in anderer Weise doch zu behalten und auszuwerten. Da wir heute mehr als je eine straffe disziplinierte Arbeit dringend nötig haben, wäre der Gedanke keineswegs von der Hand zu weisen, eine nach den früheren militärischen Methoden organisierte Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Die Aushebung hätte nach den damals maßgebenden Gesichtspunkten zu geschehen, Löhnung, Unterbringung und Ausbildung der jungen Mannschaften könnten mutatis mutandis nach den durchaus bewährten Methoden vorgenommen werden. Die Arbeit, der sich dieses Reichsheer modernster Art zu widmen hätte, sei durch die Verhältnisse gegeben. Es kommen dabei in erster Linie die lebenswichtigen Betriebe in Betracht, einschließlich der heute so

wichtigen Kohlenförderung und des Verkehrswezens, der Landwirtschaft u. a. m. Auch Verteilung und Unterbringung selbst bei den Unternehmungen der Privatindustrie dürfte nicht auf prinzipielle organisatorische Schwierigkeiten stoßen. Andererseits dürften Schlagworte wie: „Rückfall in den Militarismus“ eine tatkräftige Regierung nicht davon abhalten, von dieser gefundenen Maßnahme, zumal in der jetzigen Zwangslage, Gebrauch zu machen. Wie früher durch die planmäßige disziplinierte Einführung in das Waffenhandwerk, so müßte jetzt die deutsche Jugend auf diese Weise zur inneren Zucht und Festigung des Willens erzogen werden. Wie weit dabei das vielerseits geforderte Dienstjahr der Frau mit hineinverwoben werden kann, bedürfe noch der Erörterung, doch ließen sich dabei auch für die weibliche Jugend Vorzüge erzieherischer Art und Vorteile wirtschaftlicher Natur erwarten. — Durch die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich waren in Ententekreisen große Hoffnungen über die Bedeutung und

Entwicklungsfähigkeit der elsässischen Kaliindustrie entstanden. Wieweit diese berechtigt sind und welche Hemmnisse dieser Entwicklung noch entgegenstehen, zeigt ein Aufsatz von Dr. Fr. Wiskner in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (13. Februar), der zu einer Veröffentlichung Dr. Camerons im „Chemical Engineer“ Stellung nimmt. Es läge im wohlverstandenen Interesse der elsässischen Industrie, sich mit dem deutschen Kalibergbau, mit dem sie ursprünglich zusammenhing, zu verständigen, da die Verhältnisse jetzt so lägen, daß ein Konkurrenzkampf kaum zum Ziele führen könnte. Der Bericht in der englischen Zeitschrift sei nichts weniger als schöngefärbt und die Tatsachen lägen zum Teil noch schlimmer als Cameron sie schildert. Im Vordergrund des Interesses läge die Arbeiterfrage, denn nur wenige der in den Bergwerken beschäftigten Arbeiter verfügen über die für diese Art Bergbau erforderliche Erfahrung. Außerdem fehlt es an Steigern. Hierin liegen die Hauptschwierigkeiten, mit denen die Werke später zu kämpfen haben werden. Denn wenn man auch versucht, die fehlenden Steiger durch Kohlenbergleute aus Lens, die intelligentesten und fähigsten Arbeiter des Kohlenbergbaues überhaupt, zu ersetzen, so macht sich doch der Mangel an geübten Arbeitern, die diesen unterstellt werden könnten, doch fühlbar, und hiervon hängt für die nächsten Jahre die Möglichkeit einer vollkommenen Ausnutzung der vorhandenen Schächte in der Hauptsache ab; ganz abgesehen von den unüberwindlichen Hindernissen, die sich der Abteufung neuer Schächte entgegenstellen. Hinzukommt, daß die im Elsaß gewonnenen Kalisalze ihrer ganzen Art nach nicht geeignet sind, zu den in der Hauptsache nötigen Sulfaten verarbeitet zu werden, so daß nach wie vor Frankreich gezwungen sein dürfte, jene so stark begehrten Produkte bei den deutschen Kaliproduzenten zu kaufen. Dieser Umstand wird aber entscheidend die ganze Preisgestaltung der französisch-elsässischen Kaliherzeugung be-

einflussen, zumal auch die von Carmeron aufgestellte Selbstkostenberechnung nicht stimmen dürfte. Auch die vom englischen Verfasser als so glänzend dargestellten Verschiffungsmöglichkeiten auf dem Rhein—Rhône-Kanal bedürften der Berichtigung. Einmal weil die Werke selbst zum größten Teil gar nicht am Kanal angeschlossen seien, andererseits aber auch, weil dieser seiner ganzen Anlage nach, besonders durch seinen Schleusenreichtum gar nicht für solche Massenbeförderungen geeignet ist. Eine Beförderung rheinabwärts aber müßte, infolge der dabei nicht zu umgehenden Umladungen, zur Verfrachtung nach Holland die Transportkosten stark verteuern. Das Ergebnis der angeführten Tatsachen sei, daß der elsässische Kalibergbau in seiner Wettbewerbsfähigkeit für die nächsten Jahre mindestens stark begrenzt sei, und daß sich aus dieser Lage den französischen Kreisen die Notwendigkeit mit den beteiligten deutschen zusammenzugehen durch die Natur der Dinge aufdrängen wird. Es wird sich also darum handeln müssen, unter verständiger Abwägung der beiderseitigen Interessen ein Abkommen von möglichst langer Dauer zu treffen, wobei man ja nicht auf die Ritterlichkeit Frankreichs, wohl aber auf seinen klugen Geschäftssinn wohl rechnen dürfte. —
Der

Einfluß der Valuta auf Lebensversicherungen

hat sich, wie Dr. Otto Mielking-Charlottenburg im „Berliner Tageblatt“ (13. Februar) berichtet, in einer für die Gesellschaften nicht erfreulichen Weise gezeigt. In letzter Zeit ist es in zahlreichen Fällen vorgekommen, daß bei solchen Gesellschaften, die auch mit dem Ausland arbeiten, in ihren Zweigniederlassungen große Lebensversicherungen abgeschlossen wurden, die entgegen der Gewohnheit der Vorkriegszeit, in Markwährung lauten und deren Prämien, ebenso lautend, zum großen Teil auch im vorhinein bezahlt wurden. Der Gedanke, der die Versicherten dabei leitete, war die Möglichkeit, sich heute diese Währung zu einem billigen Preise zu verschaffen, und in 15 bis 30 Jahren bei Fälligkeit eine viel kaufkräftigere Mark ausbezahlt zu bekommen. Der Nachteil, der den Versicherern dadurch erwächst, liegt darin, daß sie die zur Unterhaltung ihrer auswärtigen Filialen nötigen Kosten in ausländischer Währung aufbringen müssen, die sie sich nur zu den jetzigen hohen Tageskursen beschaffen können. Als in früheren Jahren die Gesellschaften das Reichsaufsichtsamt ersucht hatten, sich damit einverstanden zu erklären, daß sie wenigstens einen Teil ihrer Gelder in ausländischen Werten anlegten, erklärte zwar das Reichsaufsichtsamt sein grundsätzliches Einverständnis. Wenn es aber darauf ankam, die jeweils erforderliche Genehmigung einzuholen, hat es diese in der weitaus größten Zahl der Fälle verweigert. Daraus folgt ihre jetzige Schädigung bei der Beschaffung fremder Währung, die sie sonst durch Verkauf ihrer ausländischen Werte hätten erlangen können. Nun verlangen die Gesellschaften von den beteiligten Regierungsstellen Maßnahmen zur Behebung der Schädigung,

die sie ohne ihre Schuld zu tragen haben und diese Forderungen scheinen um so berechtigter, als die ohne diese Schäden abgeschlossenen Versicherungen dazu geeignet wären, bei der Hebung des Standes deutscher Valuta im Auslande erhebliche Hilfe zu leisten. Denn sie entziehen dadurch dem Marktangebot beträchtliche Beträge, die sonst preisdrückend auf den Markt geworfen werden könnten, und weiter würden sich bei der dadurch hervorgerufenen Steigerung der Mark die Versicherungsnehmer wieder den Abchlüssen in fremder Währung zuwenden, was eine Steigerung der ausländischen Guthaben hervorrufen muß. Es empfiehlt sich also, dieser Angelegenheit erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. — Welche unhaltbaren Verhältnisse im Wirtschaftsleben durch undurchdachte, vorlässige und unsachgemäße Dekrete hervorgerufen werden, läßt sich aus der „Vossischen Zeitung“ (12. Februar) ersehen. Eine Verfügung des Reichsverkehrsministers unter dem 2. November 1919 ist geeignet, die Herrschaft von

St. Bürokratism bei der Eisenbahn

in weitestem Maße zu verstärken. Diese Verfügung verbietet und bestraft die Benutzung von Eisenbahnwagen für die Beförderung anderer Güter als der von der Eisenbahnverwaltung genehmigten oder die Neubeladung der Wagen ohne die Genehmigung der Verwaltung. Nun wird auf Grund dieser Verfügung von manchem eine Transportweise verlangt, die alles andere als wirtschaftlich genannt werden muß. So verlangt die zuständige Stelle von einem Martinwerke in der Nähe Berlins, daß es seine Kleinladungen an Schrott, genau wie die großen Mengen, auf dem Wasserwege zum Versand bringt. Daß dabei der Transport vom Werk zum Wasser und vom Wasser an die einzelnen Abnehmer die Wagen mindestens so lange in Anspruch nimmt wie der direkte Versand, wird nicht beachtet, außerdem werden dabei Rähne gebraucht, die an anderer Stelle bessere Verwendung finden könnten, ganz abgesehen davon, daß dem Werke die nötigen Vorrichtungen zum Verladen auf dem Wasserwege fehlen und so leicht heute nicht zu beschaffen sind. Schlimmer steht es aber mit dem erforderlichen Einverständnis der Verwaltung zur Neubeladung von Wagen, die bereits eine Sendung auf einen Privatanschluß gebracht haben. Hier kommt es vor, daß ein Werk trotz starken Wagenzulaufs nicht laden kann, weil die zuständige Verteilungsstelle ihm nicht einen einzigen Wagen an diesem Tage zugeteilt hat und der Zug deshalb wieder leer abfahren muß, um unbenutzt durch die Welt zu rollen. Wäre es nicht wirtschaftlicher, die Wagen, wenn sie wirklich zur Beförderung der jetzt so nötigen Kohlen gebraucht werden, beladen in die Kohlenreviere zu schicken. Wenn man auch die besten Absichten der Verfügung, die widerrechtliche Benutzung des Wagenparks durch das Schieber- und Schleichhändlerum zu verhindern, nicht verkennt, so muß man zugeben, daß sie in dieser Form der Willkür untergeordneter Beamten Tür und Tor öffnet, die ohne

Verständnis für wirtschaftliche Notwendigkeiten über den Wagenpark verfügen. Es kommt leider nicht selten vor, daß man, wenn man seine Ansicht durch „überzeugende Gründe“ stützt, die Wagen ohne weiteres zugeteilt erhält, was innerhalb unseres Eisenbahnwesens zu noch unhaltbareren Zuständen führt und für die Zukunft nicht trostverheißend erscheint.

Omschau.

Danziger Währung. Herr Dr. jur. W. Baumgart-Danzig schreibt: „Mit vollem Recht schenkt man der Frage der Währung im neuen Freistaat Danzig grösste Aufmerksamkeit. Nichts ist geeigneter, das Wirtschaftsleben des jungen Staatsgebildes von vornherein in verderbliche Bahnen zu leiten, als ein falscher Entschluss gerade auf diesem Gebiet. Nichts wäre daher auch falscher, als hier schlecht angebrachte Sentimentalität obwalten zu lassen. Mag man aus vaterländischen Gründen noch so sehr für eine Beibehaltung der deutschen Währung für Danzig sein, für einen Staat, der wie Danzig im Brennpunkt des internationalen Handels zu stehen berufen ist, erscheint es im hohen Grade bedenklich, sich einem Währungssystem anzuschliessen, an dessen Gesundheit — nur mit Bedauern und aufrichtiger Trauer müssen wir es feststellen — auf Jahre, vielleicht Jahrzehnte hinaus angesichts des Versailler Friedens gezweifelt werden muss. Mit der Beibehaltung der deutschen Währung würde Danzig sich unnötigerweise all den Nachteilen und Schäden aussetzen, die dem deutschen Handel das fortgesetzte Anziehen der Wechselkurse auf das Ausland gebracht hat und noch bringen wird. Aus dem gleichen Grunde wird man ohne jede weitere Debatte auch die polnische Währung für Danzig ablehnen müssen. Auch Polens Währung ist stark unterwertig, noch hat dieses Land erst seinen Befähigungsnachweis für seine Eignung im internationalen Handel beizubringen, eine Angliederung Danzigs in währungs-technischer Hinsicht an Polen würde einen Versuch darstellen, der zu leicht ein volles Misslingen und die schwersten Gefahren für Danzigs Entwicklung bringen könnte. Eine eigene Danziger Währung? Streift der Gedanke, für einen Staat mit einer Einwohnerzahl von rund einer drittel Million ein besonderes Währungssystem zu schaffen, schon leise die Grenze des Lächerlichen, so muss man sich auf der andern Seite fragen, wo die Unterlagen einer solchen Danziger Währung zu suchen sind. Auf's Geratewohl hinaus die Notenpresse in Bewegung zu setzen auf die Wahrscheinlichkeit hin, binnen kurzem diese Noten ausserhalb Danzigs ohne jeden Kredit zu sehen, würde ein Versuch sein, der besser nicht getan wird. Bleibt nur noch die Währung einer der anderen an Danzig interessierten Handelsmächte übrig. Vielfach ist hier gerade die englische Währung genannt worden. Dieselben Gründe aber, die gegen die Einführung der deutschen und polnischen Währung sprechen, treffen, wenn auch in geringerem Masse, auf die Pfund-Währung zu. Ist zwar die Einbusse, die der Sterlingkurs im Vergleich zur deutschen Reichsmark erlitten hat, mehr als geringfügig, so hat er, am nordamerikanischen Dollar

gemessen, gegen die Zeit vor 1914 doch immerhin etwa die Hälfte seines Wertes eingebüsst. Wie die Entwicklung auslaufen wird, weiss niemand. Immerhin täte man gut, Vorsicht walten zu lassen, und entschliesst man sich schon zur Einführung einer anderen als der bisher in Danzig geltenden Währung, dann wäre es schon besser, frei jeder Sentimentalität, den amerikanischen Dollar als die Münzeinheit für Danzig einzuführen. Der Ausgang des Weltkrieges hat die Vereinigten Staaten auf eine Riesenhöhe gehoben und ihnen — von Jahr zu Jahr wird das deutlicher in Erscheinung treten — die Weltherrschaft auf dem Gebiet des Handels verschafft. Ihre Bedeutung für Danzig steht ausser allem Zweifel. Ein Anschluss an ihr Münzsystem würde für Danzig bedeuten, dass es unabhängig von jeder Schwankung in der deutschen, polnischen oder englischen Währung dastände. — Welchem Währungssystem Danzig sich aber auch anschliesst, angesichts der Tatsache, dass der Handel einer Reihe von Staaten in seinen Mauern zusammentreffen wird, wird eine Vorbedingung einer gesunden Entwicklung seines Wirtschaftslebens sein, eine Stelle zu schaffen, an der von Tag zu Tag das Verhältnis zwischen den verschiedenen Münzeinheiten nach Massgabe des Angebots und der Nachfrage festgesetzt wird: Kurz eine Börse, deren Hauptaufgabe die amtliche Notierung der Wechselkurse auf das Deutsche Reich, Polen, England, Schweden, Finnland u. s. w. sein wird. Nichts könnte dem Wirtschaftsleben Danzigs auf die Dauer mehr schaden, als der bisherige Zustand, dass die Bewertung der polnischen Mark, des englischen Pfundes usw. vielfach höchst unrealen Einflüssen ausgesetzt ist. Nur das Ausschalten solcher Einflüsse kann dem fremden Kaufmann die volle Sicherheit geben, dass mit der Währung seines Landes, in der er zahlt, nicht wucherisch Schindluder getrieben wird. Nur eine eigene amtliche Börse würde Danzig das Kennzeichen eines wirklichen Handelsmittelpunktes ausdrücken. Mit der Notierung der Wechselkurse wären selbstverständlich die Aufgaben der Danziger Börse in keiner Weise erschöpft. Die Entwicklung des jungen Freistaates wird mehr als bisher die Gründung neuer Industrien, neuer Gesellschaften und damit auch die Notwendigkeit mit sich bringen, eine Stelle zu schaffen, an der die Werte dieser Unternehmungen gehandelt und ihr Kurs amtlich festgesetzt wird. War bisher auch die Zahl der Danziger Lokalpapiere nur klein, die politischen Verhältnisse haben es mit sich gebracht, dass für eine Auswahl von Wertpapieren die Berliner Börse nicht mehr die Bedeutung haben kann, die sie so lange besass: Ich erinnere zunächst an die Anleihen Danzigs selbst, aber auch an die Anleihen der Provinz Westpreussen sowie an die Westpreussische landschaftlichen Pfandbriefe u. a. Für diese und — wenn hier von den Lokalpapieren einige genannt sein sollen — für die Pfandbriefe des Danziger Hypotheken-Vereins, die Danziger und Neustädter Kreisaneihen, Zuckerfabrik-Aktien, Obligationen verschiedener industrieller Unternehmungen muss unbedingt eine amtliche Kursnotierung geschaffen werden, abgesehen davon, dass infolge der Abschnürung Ostpreussens vom Reich, Danzig auch für die Notierung ostpreussischer Werte in Frage kommen könnte. Geht Danzig zur Einführung einer anderen als der reichsdeutschen Währung

über, so wird die Schaffung einer amtlichen Wertpapierbörse geradezu zu einer unabweisbaren Pflicht, soll nicht der Danziger Rentner beim An- und Verkauf seiner Wertpapiere der Möglichkeit einer Uebervorteilung durch unlautere Machenschaften ausgesetzt sein. Ein junger Handelsstaat wie Danzig hat die Pflicht, von vornherein auch den winzigsten Schein zu meiden, als würde nicht in seinen Grenzen auch in der geringsten Beziehung kaufmännische Wohlanständigkeit als das höchste Gut gehegt und gepflegt. Soll aber die Meinung von der Untadelhaftigkeit des Danziger Kaufmannes als ein Wahrzeichen für alle Zeiten Danziger Handelsgeschichte erscheinen, dann wird man — je früher, je besser — der Frage der Gründung einer amtlichen Danziger Wertpapierbörse näher treten müssen.“

fn. Aschersleben. Die Generalversammlung der Kaliwerke Aschersleben hat mit 9283 gegen 2644 Stimmen den Antrag der Verwaltung auf Ausgabe von Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht (siehe Plutus S. 51 ff) angenommen. Aus der Debatte, die diesem Beschluss voranging, verdienen einige Erörterungen grundsätzlicher Art Beachtung. In der Verteidigung der Vorzugsaktien gegen die Ueberfremdung wies der Vorsitzende Dr. Salomonsohn u. a. darauf hin, dass die Methode der Beherrschung von Gesellschaften durch Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht keine neue Erfindung sei, sondern dass diese Aktientechnik in England und Amerika weit verbreitet sei und jetzt nur unter dem Druck der Ueberfremdungsgefahr sich in Deutschland einbürgere. Dieser zweifellos richtige Hinweis auf fremdländische Aktiensitten ist wenig geeignet, die Bedenken gegen das System der Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht zu beseitigen. Es ist bekannt, dass besonders die amerikanische Finanzierungstechnik in der Beherrschung von Gesellschaften durch kleine Minderheiten eine hohe Vollkommenheit erreicht hat, und dass mit diesen Mitteln der Finanztechnik teilweise in Amerika sehr böse gewirtschaftet worden ist. Wir haben es früher als einen Vorzug unseres Aktienwesens betrachtet, dass derartige Herrschaftsmethoden, wenn auch vielleicht nicht ausgeschlossen, so doch zum mindesten nicht üblich waren, und die Anpassung an diese Methoden der Aktientechnik erscheint auch für die Zukunft in Deutschland keineswegs erwünscht. Schwerwiegender waren die Ausführungen, die Geheimrat Kempner als Vertreter der Kali-Industrie in der Generalversammlung machte, um den Schutz vor Ueberfremdung zu befürworten. Kempner wies darauf hin, dass nach der geltenden Kaligesetzgebung der Reichskalirat nur über die Inlandpreise zu bestimmen habe, während das Auslandgeschäft vom Kalisyndikat erledigt werde. Die Kaliwerke Aschersleben seien auf Grund ihrer Quote jederzeit berechtigt, zwei Mitglieder für den Aufsichtsrat des Kalisyndikats zu präsentieren, und wenn auch nur ein Vertreter einer ausländischen Gruppe in den Aufsichtsrat des Kalisyndikats käme, so würde für den Konkurrenzkampf am Weltmarkt der deutschen Kali-Industrie erheblicher Schaden erwachsen können. Das Präsentationsrecht auf Grund der Quote zum Aufsichtsrat des Kalisyndikats ist in seiner Unbeschränktheit vielleicht ein Mangel des Syndikatsvertrages im Hinblick auf die neue Gestaltung der Dinge. Der Syndikats-

vertrag unterliegt der Genehmigung des Reichskalirates und es würde wohl im Bereich der Möglichkeit liegen, ihn in dieser Richtung künftig zu verbessern. Jedenfalls ist aber zuzugeben, dass unter den gegebenen Verhältnissen das Eindringen eines Vertrauensmannes ausländischer Interessenten in den Aufsichtsrat des Kalisyndikates geschäftliche Nachteile mit sich bringen könnte. Gerade wenn man aus diesen Gründen konzedieren will, dass die Kaliwerke Aschersleben zu den Unternehmungen gehören, bei denen der besondere Ueberfremdungsschutz durch Ausgabe von Vorzugsaktien geboten sein kann, gerade dann ist es aber schwer verständlich, weshalb die Verwaltung den in der Generalversammlung vorgebrachten Vorschlag des Bankiers Felix Beer ablehnte, der die Vorzugsaktien einer neutralen Stelle, etwa dem Kalisyndikat, selbst übertragen wissen wollte. Hätte man diesen Vorschlag zugestimmt, so wäre der Zweck des Ueberfremdungsschutzes sicherlich vollkommen erreicht worden. Für längere Zeiten ist ein industrieller Selbstverwaltungskörper schliesslich in höherem Grade davor gesichert, dass er nicht eines Tages es geschäftlich für nützlich halten könnte, an das Ausland zu verkaufen, als jede Bankengruppe. Ausserdem wäre der unbehagliche Verdacht beseitigt, dass die Bankengruppe die Abwehr der Ueberfremdung gerne benutzt, um billig ihre Herrschaftsstellung zu stabilisieren. Durch die Ablehnung dieses vernünftigen Vermittlungsvorschlages hat die Verwaltung der Kaliwerke Aschersleben ihr Ziel zwar in vollem Umfange erreicht. Für die Idee der Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht wird sie aber in der Oeffentlichkeit damit nicht werbend gewirkt haben.

Bargeldlose Zahlung für Telegrammgebühren.

Herr Direktor Schaefer vom Bankverein Göttingen A.-G. schreibt mir: „In anerkennenswerter Weise hat auch die Post dazu beigetragen, den bargeldlosen Zahlungsverkehr nach Möglichkeit zu fördern. Offenbar hat sie wohl hierbei übersehen, die Bestimmungen über die Stundung von Telegrammgebühren diesen neuen Bestrebungen anzupassen. Während die Telephongebühren, die jetzt ziemlich hohe Beträge erreichen, ohne weiteres bis zum Monatsende gestundet werden und zwar einschliesslich der Gebühren der durch Fernsprecher aufgegebenen Telegramme, wird für die Stundung der Gebühren für Telegramme, die schriftlich am Schalter eingereicht werden, eine Sicherheitsleistung verlangt und ausserdem Extragebühren in Höhe von 1 M. für jeden Kalendermonat und 5 Pf. für jedes Telegramm erhoben. Diese Bestimmungen sind offenbar für den bargeldlosen Zahlungsverkehr, bei dem auch jetzt bei Telegrammen grosse Beträge in Frage kommen, hinderlich. Vielleicht genügt diese Anregung, um die Post zu einer Revidierung dieser Bestimmung zu veranlassen.“

Börse und Geldmarkt.

An dieser Stelle ist seit Wochen darauf hingewiesen worden, dass die Haussebewegung an der Börse zum erheblichen Teil getragen sei von den Elementen, die der Börsenjargon als „Kassenboten- und Kommisspekulation“ zu bezeichnen pflegt. Die Möglichkeit schneller und müheloser Gewinne, das Verlangen nach einer Rückversicherung gegen die rapide fortschreitende Entwertung des baren

Geldes und der Depositenanlagen trieb sehr weite Kreise an die Börse, die dort eigentlich nichts zu suchen haben. Kreise, die durch ihre überhitzten, über das Ziel hinaus-schiessenden Käufe jede Hausse ins Masslose übertreiben und andererseits durch ihre hysterische Aengstlichkeit bei einem Umschwung der Stimmung jeden Rückschlag zur Panik zu machen imstande sind. Wenn sich das Bild an der Berliner Börse am Ende der dritten Februarwoche urplötzlich geändert hat, wenn an Stelle des regelmässig bei fast allen Industrieaktien auf dem Kurszettel wiederkehrenden Vermerks „b. G.“ (bezahlt Geld = Nachfrage über den Umsatz hinaus), wenn an Stelle der immer zahlreicher werdenden „Reparierungen“ des der stürmischen Nachfrage bei weitem nicht genügenden Angebot hinaus zum erstenmal wieder erhebliche Kursabschläge traten, so ist auch das zum Teil dem Abspringen der Mitläuferschaft zu verdanken, die Unheil auf dem Industrieaktien- und Valutapapiermarkt, dafür aber Morgenluft auf dem Rentenmarkt witterte. Was ist geschehen? Einmal hat das Reich den Entschluss verkündet, nunmehr energisch gegen die Schuldenwirtschaft anzukämpfen und für geordnete Etatisierung überzugehen. Im Zusammenhang hiermit soll nunmehr mit grösster Beschleunigung an die Einziehung der Vermögenszuwachssteuer herangegangen werden. Zweifellos eine Massnahme, die unseren Finanzen besonders zugute kommen wird und von der man nur bedauern kann, dass sie erst jetzt durchgeführt werden wird. Im Schosse der Valutakommission wird man wohl auch noch andere Vorschläge an die Regierung erwogen haben, bezw. zur baldigen Durchführung empfohlen haben, die auf steuerlichem Gebiete liegen. Jedenfalls erschien es, als ob damit endlich der unheilvolle, lethargische Bann gebrochen sei, in dem man resigniert und auf alles Böse gefasst, dem ständigen Sinken der Valuta zusah. Der „psychologische“ Augenblick des Umschwungs schien gekommen zu sein. Ausserdem hörte man Erfreuliches über die Abmachungen der Reichsregierung mit den Bergarbeitern, sah eine Steigerung der Kohlenproduktion und damit eine sehr merkliche Höherbewertung der deutschen Valuta vor Augen. Was Wunder, dass all die Leute, die angelockt durch die märchenhaften Gewinne an der Börse bisher in Aktien spekuliert hatten und tagtäglich in den Zeitungen lasen, dass sie aus dem Grunde der „Flucht vor der Mark“ Börsengeschäfte machten, nun schleunigst die Flucht vor der Flucht ergriffen und Hals über Kopf zu Verkäufen schritten. Da sie aber nicht wissen, wohin mit dem Gelde und die bevorstehenden Massnahmen zur beginnenden Sanierung der Reichsfinanzen ihnen das nahelegten, so sprangen sie schleunigst auf den Anleihe-markt herüber. Auch das Ausland erschien in einem gegen früher verstärkten Masse auf dem Rentenmarkt als Käufer und trug dazu bei, die Kurse stark zu heben. Hier handelt es sich natürlich um reine Valutaspekulationen, und wir müssen gewärtig sein, dass ein grosser Teil dieser jetzt zu noch sehr billigen Preisen in den Besitz des Auslandes übergegangenen deutschen Reichs-, Staats- und Stadtanleihen wieder, kursdrückend, bei uns zum Verkauf kommt, wenn die deutsche Valuta sich erst merklich gebessert hat. Die Bewegung auf dem Rentenmarkt erhielt natürlich auch eine starke Stütze, ja erst eigentlich die Voraussetzung durch die Lösung der

Auslieferungsfrage, bei der zum erstenmal wieder seit Jahren der gesunde Menschenverstand in der internationalen Politik über Revanche- und Vernichtungsgelüste gesiegt hat.

An sich kann man darüber streiten, ob jetzt ein jäher Kurssturz auf dem gesamten Gebiet des Industrieaktienmarktes berechtigt ist. Denn die angekündigte Erhöhung der Kohlenförderung d. J. wird doch, wenn sie Wirklichkeit werden sollte, auch gerade der an Kohle notleidenden Industrie zugute kommen. Die Betrachtung wird aber dadurch so sehr erschwert, dass nicht nur die guten und zukunftsreichen Industriewerte so im Kurse gesteigert worden sind, sondern dass eine kritiklose Spekulation auch die von Dollars emporgepeitscht hat und dass vor allem bei vielen Papieren nicht so sehr das Werturteil über die industrielle Zukunft der Gesellschaft den Kurs mitbestimmt hat, sondern die Berücksichtigung der etwa in Frage kommenden valutatischen Verhältnisse. So wird denn erst einmal, wenn jetzt eine Revision des Kurszettels der Industrie- und Valutapapiere vorgenommen werden sollte, überall von der Börse — nach Ausschiffung der unbequemen und nervösen Mitläuferschaft — festgestellt werden müssen, wo industrielle Chancen und innerer Wert den hohen Kurs rechtfertigen, und wo lediglich schrankenlose Kurstreiber den Untergrund für die Höherbewertung abgegeben hat. In der Frage der Valuta wird man im allgemeinen nach dem gewöhnlichen Auftakt der Friedenspolitik in der Auslieferungsfrage etwas optimistischer sehen dürfen. Das eine aber erscheint klar: Eine nachhaltige Erhöhung des Marktkurses erscheint ausgeschlossen, so lange im Auslande ungeheure Beträge an deutschen Noten frei umherschweben und solange daher die Gefahr ständig über den neutralen Devisenmärkten schwebt, dass diese Riesenmengen Noten bei angestiegenen Valutakursen auf den Markt geworfen werden und wieder alle Errungenschaften durch einen mächtigen Kurssturz zunichte machen. Es müssen also Mittel und Wege gefunden werden, um mit Hilfe der dabei hauptsächlich in Betracht kommenden Staaten Spanien, Schweiz, Dänemark usw. diese freien Beträge in staatlichen Lombardbanken dieser Länder zu binden und später erst allmählich verwerten zu lassen. Hier muss die Arbeit der Valutakommission und des Reichsfinanzministeriums einsetzen.

Justus.

In den letzten Geldmarkt-Artikeln hatten sich leider einige und sinnentstellende Druckfehler eingeschlichen, von denen die wichtigsten hier berichtet seien: 1. Spalte Zeile 23 „damit man ruhig schlafen (anstatt ablesen) konnte“. 2. Spalte Zeile 11: „Wie schnell solche Reserven durch (anstatt auch) ein paar längere Streiks aufgezehrt werden können“. 2. Spalte Zeile 31: „deren in viele Millionen gehende Höhe (anstatt Note)“. 2. Spalte Zeile 37: „die kleineren Götter (anstatt Gäste)“.

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:¹⁾

<p>Mittwoch, 25. Februar</p>	<p>G.-V.: Preussische Pfandbriefbank, Deut-Hypothekenbank Akt.-Ges. Berlin, Akt.-Ges. für Verkehrswesen, Gerresheimer Glashüttenwerke, Akt.-Ges. für Stickstoffdünger Knapsack, Berliner Holz-Comptoir, Kammgarnspinnerei Wernshausen, Hannoversche Immobilien-Gesellschaft, Alkaliwerke Sigmundshall, Norddeutsche Lederpappenfabrik, Süd-deutsche Juteindustrie, Norddeutsche Gummi- und Guttaperchafabrik, Heil-mannsche Immobilien - Gesellschaft, Patzenhofer Brauerei.</p>	<p>Montag, 1. März</p>	<p>Reichsbankausweis. — G.-V.: Brauerei Binding, Rheinisch-Nassauische Bergwerks - Gesellschaft, Linke Hofmann-Werke, Warenhaus für deutsche Beamte. — Schluss des Bezugsrechts Aktien H. Brüninghaus.</p>
<p>Donnerstag, 26. Februar</p>	<p>Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — G.-V.: Deutsche Hypothekenbank Meiningen, Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank, Norddeutsche Wollkammererei und Kammgarnspinnerei, Joh. C. Tecklenborg Schiffswertf, Königsberger Zellstofffabrik, Norddeutsche Cellulosefabrik Königsberg, Vogtländische Tüllfabrik, Ver. Deutsche Nickelwerke, Kamogarnspinnerei Stöhr, Wotanwerke, Thode Papierfabrik, Norddeutsche Eiswerke, Zuckerfabrik Offstein, Schlesische Textilwerke Methner & Frahne, Kölnische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft, Ver. Nord- und Süddeutsche Spritwerke und Presshefefabrik Bast, Bachmann & Ladewig Akt.-Ges., Verein Chemischer Fabriken Zeitz.</p>	<p>Mittwoch, 3. März</p>	<p>G.-V.: Hein, Lehmann & Co., Annener Gussstahlwerke. — Schluss des Bezugsrechts Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-Akt.-Ges.</p>
<p>Freitag, 27. Februar</p>	<p>G.-V. Preussische Central-Boden-Credit-Bank des Berliner Kassen-Vereins, Badische Bank, Bergwerks-Gesellschaft Consolidation, Mathildenhütte Harzburg, Ottensener Bank, Gutehoffnungshütte, Leipziger Wollkammererei, Gebr. Krüger Akt.-Ges., Papierfabrik Sebnitz, Peniger Maschinenfabrik und Eisengiesserei, Fritz André & Co., Stodiek & Co., Wickingsche Portland - Cementfabrik, Hermann Schött Akt.-Ges., Polyphon-Werke Akt.-Ges. Wahren-Leipzig. — Schluss des Bezugsrechts Akt.-Ges. Siegener Dynamitfabrik Cöln, Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-Akt. Ges.</p>	<p>Donnerstag, 4. März</p>	<p>Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — G.-V.: Patentpapierfabrik Penig, Consolidierte Alkaliwerke Westeregeln, Oberschlesische Zellstoffwerke, Papierfabrik Reisholz, Wäsche-fabrik Gebr. Simon. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Norddeutsche Waggonfabrik.</p>
<p>Sonntag, 28. Februar</p>	<p>Bankausweis New-York. — G.-V.: Hamburgische Elektrizitätswerke, Waren-creditanstalt in Hamburg, Stettiner Oderwerke, Bayrische Bodencredit-anstalt, Peipers & Co. Walzenguss, Victoria - Werke Nürnberg, Crefelder Strassenbahn, Wicküler-KüpperBrauerei, Baumwollspinnerei Erlangen, Baumwollspinnerei Unterhausen, Buntweberei Pfersee, Braunschweiger Kohlenbergwerke, Consolidierte Braunkohlenwerke, Caroline, Rauchwaren-Zurichterei Walter, H. C. Meyer jr., Rich. Blumenfeld, Veltener Ofenfabrik. — Schluss der Umtauschfrist Aktien Hallesche Bierbrauerei, Bezugsrechts Rheinische Akt.-Ges. für Braunkohlenbergbau, Bezugsrechts Julius Berger Tiefbau-Gesellschaft, Bezugsrechts Prehlitzer Braunkohlen-Gesellschaft.</p>	<p>Freitag, 5. März</p>	<p>G.-V.: Seebeck Schiffswerft Maschinenfabrik, Wegelin & Hübner Maschinenfabrik, Telephon- und Telegraphen-Ges. Mix & Genest, Falkensteiner Gardinen - Weberei und Bleicherei. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Sächsische Glasfabrik, Bezugsrechts Aktien Elitewerke Akt.-Ges., Bezugsrechts Aktien Köln - Neuessener Bergwerksverein.</p>
		<p>Sonntag, 6. März</p>	<p>Bankausweis New-York. — G.-V.: Braunschweigisch-Hannoversche Hypothekenbank, Akt.-Ges. für Cartonagen-Industrie, Nordpark - Terrain - Akt.-Ges., Wiesbadener Kronen-Brauerei, Aktien-Brauerei Merzig. — Schluss des Bezugsrechts Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik.</p>
		<p>Montag, 8. März</p>	<p>Reichsbankausweis. — G.-V.: Akt.-Ges. Schäffer & Walcker, Lugauer Steinkohlenbauverein, Bergisch - Märkische Industrie-Gesellschaft.</p>
		<p>Dienstag, 9. März</p>	<p>G.-V.: Preussische Boden-Credit Aktien-Bank, Dr. Paul Meyer Akt.-Ges., Maschinenfabrik und Mühlenbau-Anstalt Luther, Schuhfabrik Herz Akt.-Ges., Deutsche Oxhydric-Akt.-Ges., Ges. für Lindes Eismaschinen, Akt.-Ges. Vogtländische Spitzweberei, Neckarsulmer Fahrradwerke, Verein. Filzfabriken.</p>

¹⁾ Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttag, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

Ausserdem zu achten auf:
Abschlüsse und Bilanzen von Banken.
Verlosungen:
28. Februar: Lenzburger 40 Fr. (1885).
1. März: Augsburger 7 Gld. (1864),
Crédit foncier Egyptien 3% Obl. (1886
u 1903), 3% Tournai 50 Fr. (1874),
Wiener 100 Gld. (1874). 5. März:
Crédit foncier de France 3% Pfandbr.
(1879 u. 1909), 2 3/5% Pfandbr. 1885),
3 1/2% Pfandbr. (1913). 20% Pariser
500 Fr. (1898), 3% 300 Fr. (1912).
10. März: Crédit foncier de France
5 1/2% Obl. (1917), 2% Freiburger
Staatsbank 100 Fr. (1895.)

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

La Lorraine Allemande. Ein Kapitel deutsch-französischen Sprachen- und Kulturkampfes vor 1870. Von Henri Martinet. Basel 1918. Ernst Finkh, Verlagsbuchhandlung Preis *M* 2,—.

Zur Einleitung. — La Lorraine Allemande. — Fanatisme et superstition. — Die Muttersprache. — Unter der Lex Guizot. — Franciser les Germains. — Der Kompromiss und seine Ergebnisse. — Proteste. — Zum Schluss.

Geist der Geschichte Polens. Von Anton Choloniewski. Krakau. Im Selbstverlag des Verfassers. Buchdruckerei des „Głos Narodu“. 1917.

Ein Jahrtausend der Geschichte. — Idee des gemeinschaftlichen Lebens. — Das Volk und der König. — Der polnische Adel. — Unionsbildungen. — Freiheiten einer Volksklasse. — Religiöse Toleranz. — Recht und Leben. — Polnische Kriege. — Im Dienste der Freiheit. — Dem europäischen Festlande vorausgeeilt. — Der Untergang des polnischen Staates. — Geist der Geschichte Polens und die Gegenwart.

Handel und Preisbildung in der Kriegswirtschaft.

Von Kurt Wiedendorf. Wien 1918. Manzschek u. k. Hof-, Verlags- und Universitäts-Buchhandlung. Preis Kr. 3 08.

Das Wesen der Weltwirtschaft. — Die Aufgaben des Handels. — Die Grundlagen der Kriegswirtschaft. — Der Handel in der Kriegswirtschaft. — Das Ergebnis.

Der französische Nationalreichtum vor dem Kriege.

Von Julius Wolf. 40. Heft der Finanz- und volkswirtschaftlichen Zeitfragen. Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart. 1917. Preis geb. *M* 1,60.

Einleitung. — Zur Geschichte des französischen Volksvermögens vom Beginn der grossen Revolution bis zum Schluss des 19. Jahrhunderts. — Das französische Volksvermögen vor dem Kriege. — Das französische Volkseinkommen. — Die jährliche französische Ersparnisquote. — Steuern und Schulden in Frankreich. — Aktiva des französischen Staates. — Das französische Portefeuille von Inlandswerten. — Das französische Portefeuille von Auslandswerten. — Französische Werte in englischem und französischem Besitz.

Neuaufbau der Finanzen nach Friedensschluss und qualitative Sparsamkeit. Von Wirkl. Geheimem Rat

Freiherrn von Zedlitz-Neukirch, Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses. 41. Heft der Finanz- und volkswirtschaftlichen Zeitfragen. Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart. 1917. Preis geb. *M* 1,—.

Die Steuern im klassischen Land des Steuerdrucks:

Italien. Von Rudolf Meerwarth, Privatdozent an der Technischen Hochschule Berlin, Mitglied des Preussischen Statistischen Landesamts. 42. Heft der Finanz- und volkswirtschaftlichen Zeitfragen. Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart. 1917. Preis *M* 3,—.

Staatshaushalt, Volkswirtschaft und Steuersystem Italiens vor dem Ausbruch des Krieges. — Die Volkswirtschaft und der Staatshaushalt Italiens seit August 1914. — Das Steuersystem Italiens seit August 1914. — Schluss.

Die modernen Geldtheorien und die Politik der Reichsbank. Von Dr. phil. Bruno Moll, Privatdozent an der Universität Kiel. 45. Heft der Finanz- und volkswirtschaftlichen Zeitfragen. Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart. 1917. Preis *M* 2,80.

Vorwort. — Einleitung. — Die modernen Geldtheorien. — Im allgemeinen. — Darstellung und Kritik der antimetallistischen Lehre. — II. Teil: Die Politik der Reichs-

bank. — Die deutsche Währung von 1870 bis heute. — Die Währungspolitik der Reichsbank. — Geld- und Kreditpolitik. — Nachwort.

zur Frage der Aufwandsbesteuerung (Luxussteuer).

Vom Beigeordneten Regierungsrat Ludwig Buck in Düsseldorf. 46. Heft der Finanz- und volkswirtschaftlichen Zeitfragen. Verlag von Ferd. Enke in Stuttgart. 1917. Preis *M* 1,80.

Mitteleuropa und die Handelspolitik der offenen Tür. Von Dr. Sigmund Schilder, Privatdozent an der Universität Wien. Wien und Leipzig 1918. Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung Carl Fromme, G. m. b. H.

Ausländische Kreise, die das Schlagwort von der offenen Tür gegen das mitteleuropäische Zoll- und Wirtschaftsbündnis verwenden. — Gewisse Mittelmächtige Kreise, die das Schlagwort von der offenen Tür gegen das mitteleuropäische Zoll- und Wirtschaftsbündnis anwenden. — Der Grundsatz der offenen Tür in der wissenschaftlichen Handelspolitik und im Völkerrecht. — Inwiefern die Handelspolitik der offenen Tür ein höchst zweifelhaftes Hilfsmittel ist, die Zivilisation zu fördern und den Weltfrieden zu sichern; einschlägiges Beispiel der Meistbegünstigungsklausel des Frankfurter Friedens von 1871. — Verflachende Verallgemeinerung des Begriffs der offenen Tür, teils „als frommer Wunsch nach Freihandel“, teils als mittelbarer moralischer Zwang zu weitgehender, souveränitätsbeschränkender, handelspolitischer Bindung aufzufassen. — Renners Begriff der offenen Tür; Gründe der besonderen Vorliebe der Intellektuellen für macht- und wirtschaftliches „Ausgesorghaben“. — Nachtrag.

Tabellen zur Ermittlung des Schlussnotenstempels auf Kauf- und sonstige Annotengeschäfte nach dem Reichsstempelgesetz vom 26. Juli 1918. Bearbeitet von Bruno Pollack-Posen. 1918. Verlag von Buchwalds Börsenberichten, Berlin. Preis *M* 4,—.

Kriegsanleihen. — Andere inländische Staatspapiere. — Schuld- und Rentenverschreibungen inländischer öffentlicher Korporationen, Hypothekenbanken und Eisenbahnen. — Ausländische Fonds. — Andere festverzinsliche Werte. — Aktien, Kuxe, Genusscheine. — Ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld, ausländische Geldsorten.

Lebensführung. Von A. Heinen. Eine Anleitung zur Selbsterziehung für die weibliche Jugend. Volksvereinsverlag G. m. b. H. M.-Gladbach 1918. Preis *M* 1,—.

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber Dr. J. Bloch. Verlag der Sozialistischen Monatshefte, G. m. b. H., Berlin W 35. 26. und 27. Heft. Preis *M* 1,20.

Max Cohen: Der Neuaufbau Deutschlands. — Max Schippel: Politische Umwälzung in Industrie und Landwirtschaft. — Julius Berger: Die Friedensforderungen des jüdischen Volkes.

Ostkarelien im Verhältnis zu Russland und zu Finnland. Von Herman Stenberg. Stockholm 1917. Aftonbladets Druckerei. Preis *M* 1,50.

Vorbemerkung. — Die Ausbreitung der finnisch-ugrischen Völker. — Ostkarelien und seine Bewohner. — Geschichtliches. — Die Natur des Landes. — Die volkswirtschaftlichen Verhältnisse. — Besiedlung und Kultur. — Das Verhältnis des finnischen Staatsvolkes zu den Stammverwandten, insbesondere zu den Ostkarelern.

Ostkarelien im Verhältnis zu Russland und zu Finnland. Von Herman Stenberg. Stockholm 1917. Aftonbladets Druckerei. Preis *M* 1,50.

Vorbemerkung. — Die Ausbreitung der finnisch-ugrischen Völker. — Ostkarelien und seine Bewohner. — Geschichtliches. — Die Natur des Landes. — Die volkswirtschaftlichen Verhältnisse. — Besiedlung und Kultur. — Das Verhältnis des finnischen Staatsvolkes zu den Stammverwandten, insbesondere zu den Ostkarelern.

Die Vorstellungen vom alten Reich in ihrer Einwirkung auf die neuere deutsche Geschichte.

Von Robert Davidsohn. Vorgetragen am 7. Juli 1917. Verlag der Königl. Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Preis *M* 1.—.

Was wir wollen. Der Mittelstand und die Kriegsfürsorge. Ziele und Zwecke des deutschen Kriegerhilfsbundes. E. V. Von Freiherr B. von Steinaecker jr., Geschäftsführer des deutschen Kriegerhilfsbundes. Berlin, im Juli 1917.

Was sind Odd-Fellow-Brüder und was wollen sie?

Wesen, Bedeutung und Ziele der Odd-Fellow-Logen. Zugleich ein Wegweiser für alle, die Aufnahme in diesen Orden suchen. Von Hermann Oesterwitz. Cambridge a. d. S. Druck und Verlag von Robert Peitz. Preis *M* 1.—.

Ein Gespräch über Höchstpreise und Höchstlöhne. Skizze nach dem Leben von Khs. Zu beziehen durch: Dr. Georg Schiele, Naumburg a. d. S. Preis *M* 0.25.

Buchhaltungs- und Bilanzen-Lehre. Von Manfred Berliner. Hahnsche Buchhandlung. Hannover und Leipzig 1918. Preis *M* 18.— und 10% Tenerungszuschlag.

A. Grundbegriffe der Buchhaltung. — Die Anordnung der Vorgänge und das Soll in der Buchhaltung. — Die Buchhaltungsarten. — Die Rechnungsmethoden. — B. Die kaufmännische Buchhaltung: Einleitendes. — Abgrenzung des Vermögens. — Reinvermögen und Ueberschuldung. — Kaufmännisch-buchhalterische Einleitung, Vermögensbilanz und Inventar. — Die Bewertung des Vermögens für die Bilanz. — Die Vermögensveränderungen. — Das Konto. — Gewinn und Verlust. Der Bücherabschluss. — Aus der Bilanz zu ziehende Folgerungen. — Die Mengenverrechnung. — Die Bücher der kaufmännischen Buchhaltung. — Unterschied zwischen einfacher und doppelter Buchhaltung. — Kontrolle und Revision. — C. Anhang: Die Ausdrucksweise des Handelsgesetzbuches und anderer Gesetze bezüglich der Bestimmungen über Buchhaltung und Rechnungsführung.

Wann kommt der Frieden? Eine deutsch-norwegische Erörterung. Herausgegeben von R. O. Frankfurter. Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht. 1918. Preis *M* 2.50.

Wann kommt der Frieden? — Deutsche Demokratie. — Das Karussell des Friedens. — Der Sonnenaufgang an der Adria. — Der Sonnenuntergang an der Adria. — Der Mohrenkopf.

Der Wirtschaftskrieg. Bearbeitet von Dr. Hermann Curth und Dr. Hans Wehberg. Jena. Kommissionsverlag von Gustav Fischer. 1918. Preis *M* 20.—.

Einleitung. — Vom Rentnercharakter der französischen Volkswirtschaft vor dem Kriege. — Wille zur Wirtschaftsexpansion. — Der Kampf auf dem inneren Markt. — Der Kampf um die Auslandsmärkte. — Vorbereitungen auf den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege. — Wirtschaftskrieg und Kulturpropaganda. — Der Handel mit dem Feinde. — Aufenthaltbeschränkungen und Naturalisationsentziehungen gegenüber Feinden. — Die Sequestration feindlichen Eigentums. — Das Patent- und Urheberrecht der Feinde. — Das Prozessrecht der Feinde. — Chemische Industrie. — Keramische und Glasindustrie. — Industrie der Maschinen und Apparate. — Luxusindustrie. — Textilindustrie. — Bücher. — Schifffahrtspolitik.

Eduard Laskers Schachstrategie. Leipzig 1914. Verlag von Veit & Co. Preis *M* 2.40 und 75%.

Elementares. Fingerzeige für Anfänger. — Die leitenden Gesichtspunkte der Schachstrategie. — Das Endspiel. — Das Mittelspiel. — Beispiele.

Die Stammformen der vergleichenden Wirtschaftstheorie. Plenge Staatswissenschaftliche Musterbücher. Essen a. d. Ruhr. G. D. Baedeker 1919. Preis *M* 5.30.

Die antike Grundauffassung. — Die Berufsstufen bei Adam Smith. — Die Berufsstufen und der Nationenkampf bei Friedrich List. — Die Berufsstufen als gesellschaftliche Produktionsverhältnisse und Klassenkämpfe bei Karl Marx. — Naturalwirtschaft, Geldwirtschaft und Kreditwirtschaft von Bruno Hildebrand. — Hauswirtschaft, Stadtwirtschaft und Volkswirtschaft bei Schönberg.

Die Deutsche Regierung und der Kriegsausbruch. Eine Darstellung auf Grund der amtlichen Vorkriegsakten. Von Dr. Richard Wolff. Berlin 1919. Verlag von Reimar Hobbing. Preis *M* 4.—.

Vom Attentat in Serajewo bis zur Ueberreichung der österreich-ungarischen Note in Belgrad. 28. Juni bis 23. Juli. — Vorgeschichte der Note. — Die Haltung Italiens. — England. — Russland. — Vom lokalen Konflikt bis zur europäischen Krisis. 24. bis 28. Juli. — Nach Ueberreichung der Note in Belgrad. 24. bis 25. Juli. — Deutschland gegen jede Vermittlung im österreichisch-serbischen Konflikt, 25. bis 27. Juli. — Umschwung der deutschen Politik. — Russlands Kriegsentschlossenheit. — Von der russischen Teilmobilmachung bis zur deutschen Mobilmachung. 29. Juli bis 1. August. — Der 29. Juli bringt die Entscheidung. — Anscheinende Entspannung am 30. Juli. — Die Folgen der russischen allgemeinen Mobilmachung. 31. Juli und 1. August. — Die letzten Tage 1. bis 4. August. — Der Krieg zwischen Deutschland und Russland beginnt. — Die letzten Vorbereitungen im Westen. — Das Eingreifen Englands. — Das Werben um Bundesgenossen. — Der Dreibund. — Der Balkan — Namenverzeichnis.

Die Schule des Erfinders. Erfindungstechnik. Von Oberingenieur Franz Fenzl. München NW. 1920. Verlagsbuchhandlung Bruno Kühn. Preis *M* 4.—.

Grundlagen der Erfindungstechnik. — Die Beobachtungsgabe. — Bedürfnislehre. — Das Rechnen und Zeichnen. — Das Experiment (Der Versuch). — Das Problem. — Die Lösung des Problems. — Schlusswort.

Oesterreichs Untergang — die Folge von Franz Josefs Missregierung. Von Spiridion Copčević. Berlin 1920. Verlag von Karl Siegmund. Preis *M* 18.—.

Bemerkungen. — Vorwort. — Oesterreich bis zu Franz Josefs Thronbesteigung. — Oesterreich unter Franz Josefs Regierung.

Die geographischen Ursachen des Weltkrieges. Ein Beitrag zur Schuldfrage von Prof. Dr. Georg Wegener. Berlin 1920. Verlag von Karl Siegmund Preis *M* 5.40.

Die Bedeutung der Schuldfrage. — Die Aufgabe der vorliegenden Untersuchung. — Geographie und Politik. — Untersuchung. — Das Engwerden der Erde. — Politisch-geographische Triebkräfte und Probleme der Einzelstaaten. — Italien. — Die Vereinigten Staaten. — Oesterreich-Ungarn. — Die Türkei. — Bulgarien. — Schlusswort. — Anmerkungen.

Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Ergänzungen und Nachrichten zum Oesterreich-Ungarischen Rotbuch. I. Teil 1914. Wien 1919. Staatsdruckerei. Hugo Heller & Cie. Preis *M* 4.50.

Begriff und Wesen des Wirtschaftskrieges. Von Dr. phil. Freiherr v. Willisen. Hauptmann a. D. Jena 1919. Verlag von Gustav Fischer. Preis *M* 4.80.

Der Begriff des Wirtschaftskrieges. — Die Entwicklung vom einfachen Tauschakt zueinander als Grundlage des Wirtschaftskrieges. — Die Mittel des Wirtschaftskrieges und ihre Wirkungen. — Die Strategie des Wirtschaftskrieges. — Der „Wirtschaftskrieg im Frieden“.

Gestalten und Gestalter. Lebensgeschichtliche Bilder. Von Friedrich Naumann. Herausgegeben von Theodor Heuss. Berlin und Leipzig 1919. Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co. Preis geh. *M* 6.—, geb. *M* 8.—.

Kapitalanlage

[2003]

Gothaer
Lebensversicherungsbank

auf Gegenseitigkeit. Begründet 1827.
Bisher abgeschlossene Versicherungen

2
600  **Milliarden**
ark.

Alle Überschüsse gehören den Versicherten

Invaliditätsversicherung

Witwenrente

Allerversorgung

Westdeutsche Bodenkreditanstalt.

Wir laden die Herren Aktionäre zu der
am 18. März 1920, nachmittags 3 1/2 Uhr
in unserem Bankgebäude, Komödienstr. 26, zu Köln stattfindenden
ordentlichen Generalversammlung

- ein.
- Tagesordnung:
1. Entgegennahme des Geschäftsberichts, der Bilanz- und der Gewinn- und Verlustrechnung.
 2. Entgegennahme des Berichts der Revisoren.
 3. Feststellung der Jahresbilanz.
 4. Feststellung der Jahresdividende.
 5. Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat.
 6. Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats und Revisoren.
 7. Aenderung von Statutenbestimmungen.
 8. Ermächtigung des Aufsichtsrats zur Vornahme von Statutenänderungen, die nur die Fassung betreffen.
- Köln, den 13. Februar 1920.

[4042] **Westdeutsche Bodenkreditanstalt.**
Dr. Goldschmit, Bendermacher.

Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank, Köln a. Rh.

Die Herren Aktionäre werden zu der
am Donnerstag, den 11. März 1920, mittags 12 Uhr,
in unserem Bankgebäude stattfindenden
fünfundzwanzigsten
ordentlichen Generalversammlung
hiermit eingeladen.

- TAGESORDNUNG:
- a) Entgegennahme der Berichte des Vorstandes und des Aufsichtsrates über das Geschäftsjahr 1919,
 - b) Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates,
 - c) Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes,
 - d) Satzungsänderung: Dem Paragraph 56 der Satzungen werden folgende Worte beigefügt: „Die Tantiemesteuer wird vom 1. Januar 1919 ab von der Gesellschaft getragen“,
 - e) Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
- Die zur Ausübung des Stimmrechts erforderliche Hinterlegung der Aktien, Interimsscheine oder von der Reichsbank oder einem Notar ausgestellten Depotscheine, letztere mit An-
- (Fortsetzung nebenstehend.)

gabe der Nummern der Aktien und Interimsscheine, muss spätestens am 8. März 1920 bei unserer Bank in Köln oder Berlin

oder einer der nachbezeichneten Stellen geschehen:
A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G., Köln — Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin, Bielefeld und Essen — Dresdener Bank, Berlin, Dresden und Aachen — Nationalbank für Deutschland, Berlin — Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Comp., Barmen — Deutsche Bank Filiale Trier, Trier — Essener Credit-Anstalt, Essen — J. Ph. Kessler, Frankfurt a. M. — E. Ladenburg, Frankfurt a. M. — A. Levy, Köln — Pfälzische Bank Filiale Frankfurt a. M., Frankfurt a. M. — Leopold Seligmann, Köln und Koblenz — J. H. Stein, Köln — C. G. Trinkaus, Düsseldorf.
Köln, den 12. Februar 1920.

Der Vorstand.

Brauerei Königstadt Actien-Gesellschaft

Bilanz per 30. Sept. 1919.

Aktiva.	M.	Pf.
Grundstücke und Gebäude	7 579 679	12
Grdst. Zehdenick do. Adlershof	42 500	—
Ges.-Kap. Habel	85 300	—
Masch. u. Geräte	800 000	—
Lager-Fastagen .	241 000	—
Pferde	54 000	—
Versand-Fastag.	10 000	—
Wag. u. Geschirre	63 000	—
Eisenb.-Wagen .	1	—
Kraftwagen . . .	700	—
Mobilien	1	—
Kundschafts-Inv.	13 500	—
Aussch.-Inventar	11 600	—
Flaschengesch.-Einrichtungen .	1	—
Vorausbezahlte Talonsteuer . .	5 700	—
Vorausbezahlte Versich.-Präm.	8 174	99
Pfandbr.-Amort.	195 195	86
Beteiligungen . .	32 011	10
Kasse	20 393	63
Bank-Guthaben . .	252 873	15
Wertpapiere . . .	1 229 291	80
Darlehen u. Hyp.	895 410	04
Sonst. Debitoren	74 000	88
Vorräte	220 146	35
	11 834 480	92

Passiva.	M.	Pf.
Aktien-Kapital . .	5 700 000	—
Hypotheken	3 460 000	—
Reservefonds . . .	570 000	—
Nicht erhob. Div.	4 680	—
Kautionen	42 175	06
Brauerei- u. Mälzerei-Berufsgen., Rückstellung . . .	6 000	—
Guth. d. C. Habels Brauerei	800 000	—
Guth. d. Kundschafts-Gestundete Biersteuer	960 447	13
Sonst. Kreditoren	104 951	50
Talonst.-Res. . . .	144 168	37
Gew.- u. Verl.-K.	34 200	—
	7 858	86
	11 834 480	92

Actiengesellschaft Mix & Genest Telephon- u. Telegraphen-Werke, Berlin-Schöneberg.

Die Aktionäre werden hiermit zu einer am **Freitag, den 5. März 1920, vormittags 11 1/2 Uhr**, im Sitzungssaal der **Akt.-Ges. Mix & Genest, Telephon- u. Telegraphen-Werke, Berlin-Schöneberg, Geneststr. 5**, stattfindenden **außerordentlichen Generalversammlung** ergebend eingeladen.

- Tagesordnung:
1. Beschlussfassung über die Erhöhung des Grundkapitals um nom. M. 6 300 000 — neue Akt. auf nom. M. 12 600 000. — und Festsetzung der Bedingungen für die Ausgabe der Aktien unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre.
 2. Aenderung des § 3 der Satzung entsprechend dem Beschlusse zu Punkt 1 der Tagesordnung.

Diejenigen Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben gemäss § 8 unserer Satzung ihre Aktien oder einen Depotschein der Reichsbank über deren Hinterlegung bis zum **Dienstag, den 2. März 1920 bei unserer**

Gesellschaftskasse Berlin-Schöneberg, Geneststr. 5, bei der **Bank für Handel und Industrie, Berlin W, Schinkel-Platz 1/4**, und **ihren sämtlichen Niederlassungen**, bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin W8, Unter den Linden 35**, bei dem Bankhause **S. Bleichröder, Berlin W8, Behren-Strasse 62/63**, oder bei einem Notar gegen Bescheinigung zu hinterlegen.
Berlin-Schöneberg, 10. II. 1920.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats
Dr. v. Henug. [2041]